:antifaschistische nachrichten

Nr. 8

g 3336 10.4.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Über 6000 Menschen haben sich am 29. März nach Angaben des veranstaltenden Friedensnetzes Baden-Württemberg an einer Aktion gegen das europäische US-Hauptquartier EUCOM beteiligt. Der US-Stützpunkt in Stuttgart-Vaihingen, von dem aus der Irak-Krieg wesentlich vorbereitet und geführt wird, wurde von den Kriegsgegnern umschlossen.

Hauptforderungen waren: Nein zum Krieg gegen den Irak, keine aktive und passive Beteiligung der Bundesrepublik am Krieg, für aktive Friedenspolitik statt Sozialabbau. An der Abschlusskundgebung beteiligten sich 10000 Menschen.

Die Hauptrednerin, Anne Rieger, Sprecherin des Bundesausschuss Friedensratschlag und Landessprecherin der VVN-BdA forderte die Menschen auf nicht nachzulassen im Protest: „Wir haben den Krieg verzögert – jeder Tag später war ein gewonnener Tag für die irakischen Menschen!

Die Bush-Administration hat sich weltweit isoliert. 180 von 191 Mitgliedstaaten der UNO haben sich gegen den Krieg ausgesprochen. Millionen protestieren weltweit gegen den Krieg – täglich demonstrieren Menschen auf der Straße. Die Bush-Administration hat den Propaganda-Krieg, den Krieg um die Herzen und die Köpfe der Menschen offensichtlich verloren. ... Das ist unsere Leistung! Die Leistung der Achse des Friedens! Lasst uns weitermachen – lasst uns nicht eher ruhen, bis dieser Krieg gestoppt ist."



Sitzblockade vor der US-Air-Base

Frankfurt. Für den 2. Samstag nach Kriegsbeginn hatte das Bündnis „Resist" (www.resistthewar.de) zu einer Blockade der Rhein-Main-Airbase der US-Luftwaffe aufgerufen. Sie bildet zusammen mit der Airbase in Ramstein die Grundlage für die Logistik kriegswichtiger Güter, die über Deutschland aus den USA in die Golfregion befördert werden.

Gekommen waren laut Veranstalter 2.500 Menschen, die Polizei zählte nur 1.200 (FR 31.3.03). Sie fanden sich am vereinbarten Treffpunkt, dem S-Bahnhof Zeppelinheim, ein. Die Autobahnabfahrt Zeppelinheim war von der Polizei bereits Stunden vorher gesperrt worden, so dass man über die A3 Frankfurt-Süd anreisen musste und prompt in eine peinlich genaue, schikanöse Kontrolle durch eine bayerische Polizeieinheit geriet. Am Bahnhof selbst fand nochmals eine Kontrolle statt, wo vielen Teilnehmern Isomatten, Schlafsäcke, also alles, was laut Polizeidefinition für eine längere Blockade eingesetzt werden könnte, beschlagnahmt wurden.

Nach ein paar Redebeiträgen ging es in Richtung Airbase. Genehmigt war eine Kundgebung vor dem Haupttor, die bis 15 Uhr dauern durfte, sofern ein Abstand von 50 - 70 Metern zum Tor eingehalten würde. Daran hielt sich kaum jemand, so dass schnell direkt vor dem Tor einige hundert Menschen saßen und friedlich-gewaltfrei blockierten.

Ca. 100 Demonstranten war es auch gelungen, zum Südtor der Basis zu gelangen. Es kam also, wie es kommen musste: die Polizei räumte, wobei man sagen muss, dass es letztendlich recht fair vonstatten ging.

Insgesamt gelang es, das Haupttor der Airbase für vier Stunden zu blockieren. Nach Polizeiangaben wurden 580 Menschen geräumt, der Großteil wurde nach Personalienfeststellung zum S-Bahnhof Zeppelinheim verbracht und dort freigelassen; einige wurden zum Frankfurter oder zum Offenbacher Hauptbahnhof gebracht.

Nach Teilnehmerschätzung wurden ca. 120 Blockierer, davon allein 60 vom Südtor, zum Polizeipräsidium gebracht und erkennungsdienstlich behandelt und in Zellen festgesetzt. Der Letzte wurde dort gegen 24 Uhr freigelassen.

Die Polizei hat auch schon eine Kostenkatalog für solche Aktionen: 50 Euro bei Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, 10 Euro fürs Wegtragen, 30 Euro für den Transport – da kommt Geld in die Kasse.

Die Veranstalter werteten die Aktion trotzdem als Erfolg: Es ist gelungen, mit Mitteln des friedlichen zivilen Ungehorsams die Logistik-Drehscheibe der US-Streitkräfte für vier Stunden dichtzumachen. *ie* ■

Quellen: www.indymedia.de, FR 31.3.03

Aus dem Inhalt:

Nazis demonstrierten gegen Irak-Krieg

HANAU. Am Samstag, den 29.3. fand, wie angekündigt eine bundesweite Nazi-Demonstration gegen den Irak-Krieg statt. Die Mobilisierung ging vor allem von der JN (Jugendorganisation der NPD) und sogenannten freien Nationalisten aus. Ein Verbot der Stadt wurde vom Verwaltungsgericht aufgehoben. Statt der angekündigten 600 Nazis kamen dann insgesamt ca. 150-200. Seitens der Gegendemonstranten waren es höchstens 300 Leute. Allein stark vertreten war die Polizei mit etwa 1000. Der gelang es auch die – abgeänderte – Route der Nazis zu schützen, indem sie die Gegendemonstranten zersplitterten, eine Gruppe aus Frankfurt gleich am Bahnhof abfingen und zurückschickten und allerlei Platzverweise bzw. Hanau-Verbote verhängten. Erschwerend kam hinzu, dass gleichzeitig die Blockade der Air-Base (mit ca. 2000 TeilnehmerInnen) und eine Demonstration gegen Abschiebung am Rhein-Main-Flughafen (mit 150 TeilnehmerInnen) stattfanden.

udi ■

Rechter Verleger gegen linke Bremer

BREMEN. Vor einer Zivilkammer des Bremer Landgerichts wurde am 27.3. eine Klage des Oberhauser Verlegers Werner Symanek gegen die antifaschistische Bremer Initiative „Grufties gegen Rechts" verhandelt. Auf ihrer Homepage im Internet hatte sie Symanek vorgeworfen, in seinem Verlag VAWS „rechtsextreme Bücher zur Umgehung von Gesetzen gegen Volksverhetzung und rassistische Mordaufrufe zu veröffentlichen." Die vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestufte Firma „Verlag & Agentur Werner Symanek" (VAWS) hatte sich von den Dark-Wavern verleumdet gefühlt und auf Unterlassung geklagt.

Das Bremer Landgericht sah das allerdings anders und erwirkte eine Einigung: M. von den Grufties gegen Rechts stellte eine von den Klägern missverstandene Äußerung klar, und die Firma VAWS zog, um größere Kosten zu vermeiden, ihre Klage zurück.

Mit Gisa Pahl hatte sich Symanek eine Juristin vom Deutschen Rechtsbüro in Hamburg geholt. Sie bekannte, unter einem Pseudonym selbst die Bücher mit Tipps verfasst zu haben, wie man juristische Fußangeln wegen Volksverhetzung umgeht. Besonders im Umgang mit Juden und deren Massenvernichtung im dritten Reich. Das sei genauso zu bewerten, wie Hinweise zum Mietrecht oder Verkehrsrecht.

Das Gericht erinnerte die Anwältin daran, dass die Verharmlosung der Judenvernichtung durch die Nazis strafbar sei. Dem Beklagten billigte es das Recht auf eine subjektive Meinungsäußerung zu. Der versicherte, im Internet nichts verbreitet zu haben und auch nicht verbreiten zu wollen, dass der klagende Verleger Bücher mit rassistischen Mordaufrufen verlege.

Mit dieser Formulierung zeigten sich beide Seiten einverstanden. Der Verleger, der sich als „patriotisch gesinnt" bezeichnete, zog seine Klage zurück und damit war das Verfahren nach einer knappen Stunde beendet.

Quelle: Weser Kurier, taz bremen vom 28.3.2003 ■



Gedenken an den Beginn der Pogrome

KÖLN. Die Klänge der „Marseillaise", ertönten vom Glockenspiel des 4711-Hauses in der Kölner Glockengasse und verzögerten den Beginn der Kundgebung, zu der die „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit" in Erinnerung an den Boykott jüdischer Geschäfte durch die Nazis am 1. April 1933 auf den Tag genau 70 Jahre später aufgerufen hatte. Es war eine symbolträchtige Verzögerung: Unter den Klängen der Revolutionshymne waren 1794 französische Truppen in die Domstadt einmarschiert und hatten u.a. dafür gesorgt, dass sich jüdische Menschen überhaupt wieder im „heiligen Köln" ansiedeln durften. Die Nazihetze des Jahres 1933 war dagegen die totale Negation der demokratischen Errungenschft des revolutionären Frankreich.

Der Redner der Kundgebung, Herr Wilhelm von der veranstaltenden Gesellschaft, wies vor ca. 40 Zuhörer(inne)n darauf hin, dass der organisierte Boykott mit seinen Übergriffen gegen jüdische Kölner(innen) der „Anfang der Vernichtung jüdischen Lebens in Deutschland" gewesen sei. Er warnte in seinem Beitrag vor der heute häufigen Bagatellisierung von Rassismus und Antisemitismus. Politikersprüche wie „das Boot ist voll" oder die schlimme CSU-Wortschöpfung von der „durchrassten Gesellschaft" bereiteten antisemitische Haltungen den Boden vor. Darum sei Wachsamkeit gegenüber diesen Tendenzen auch heute nötig.

Zumindest Unkenntnis bewies der Sprecher allerdings mit der rhetorischen Frage, wo denn der Protest der Friedensbewegung gegen palästinensische Selbsmordattentate in Israel bliebe. Hätte er sich auch nur ein wenig mit der Haltung der von ihm kritisierten Bewegung beschäftigt, wüsste er, dass sie solche mörderischen terroristischen Akte immer verurteilt hat. Dies zur Kenntnis zu nehmen wäre allerdings die Bereitschaft nötig, auf ein Vorurteil zu verzichten und Kritik an der israelischen Regierung, die die Friedensbewegung auch immer geübt hat, nicht als Antisemitismus anzusehen.

tri ■

NPD sagt Aufmarsch in Mannheim am 1. Mai ab

MANNHEIM. Der NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz hat seine bereits am 17. April 2002 in Mannheim angemeldete „öffentliche Versammlung unter freiem Himmel und des Aufzuges am 1. Mai" schriftlich aus „organisatorischen Gründen" abgesagt. Nach der schriftlichen Erklärung gehe die Stadtverwaltung davon aus, dass die Rücknahme der Anmeldung ernst gemeint sei, so der Mannheimer Morgen.

Die Vorbereitungen für die Verhinderung des Naziaufmarschs laufen auf vollen Touren, und sie werden wohl auch weiterlaufen müssen. Denn das Thema bleibt so oder so aktuell, insbesondere nach dem Karlsruher Urteil. Und es ist ja auch nicht auszuschließen, dass plötzlich doch noch eine neue Anmeldung aus der Neonazi-Ecke kommt.

Mit dem seit 20. März tobenden Dritten Golfkrieg gibt es im übrigen zusätzlich allen Grund, am 1. Mai mehr zu bewegen als üblicherweise an diesem Tag. Eine große Demonstration und ein Kulturprogramm gegen Faschismus und Krieg wären auf jeden Fall angemessen.

Trotz der Absage für Mannheim wird die Region von den Faschisten wohl nicht verschont bleiben: Für Samstag, den 19. April 2003, haben die Neonazis der so genannten Karlsruher Kameradschaft zu einem Aufmarsch „Amis raus!

– Frieden rein!“ in Heidelberg aufgerufen. „Das ist nicht der erste Versuch von Faschisten, die gegenwärtige Anti-Kriegs-Stimmung für ihre menschenverachtenden Zwecke zu missbrauchen“, schreibt das Autonome Zentrum Heidelberg. „Sorgen wir dafür, dass es auch diesmal bei einem kläglichen Versuch eines Aufmarsches bleibt, nachdem es bereits 1998 und 2001 gelungen war, die Nazis am Marschieren zu hindern! Für 11.30 Uhr ist eine antifaschistische Gegenkundgebung am Hauptbahnhof angemeldet.“ *tht* ■

NPD will am 1. Mai in Berlin demonstrieren

BERLIN. Nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens plant die NPD einen Aufmarsch am 1. Mai in Berlin. Nach Angaben der Polizei vom Mittwoch liegt eine entsprechende Anmeldung für den Westteil der deutschen Hauptstadt vor. Genauere Angaben zum Ort und zur erwarteten Teilnehmerzahl wollte ein Sprecher zunächst nicht machen. Dafür sei es noch zu früh. Die Lichtenberger CDU teilte mit, dass die Demonstration vor dem Olympiastadion beginnen soll. Als Alternative sei aber auch Lichtenberg selbst im Gespräch. ■

Halle: Nazidemonstration am 1. Mai

HALLE. Für den 1. Mai hat eine „Jugendinitiative für Arbeit, Freiheit und Frieden“ eine Demonstration unter dem Motto „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze“ in Halle angemeldet. Hinter der Initiative verbirgt sich nach ersten Informationen die „Kameradschaft Köthen“, die in den letzten Jahren für verschiedene Demonstrationsanmeldungen in Sachsen-Anhalt verantwortlich war. Die Nazis wollen sich ab 10.00 Uhr auf dem Marktplatz treffen, ihre Demonstration soll um 12.30 Uhr beginnen.

Geworben wird bisher auf verschiedenen Neonazi-Websites aus Sachsen-Anhalt sowie bei „Widerstand Nord“, der Internetseite der „Freien Kameradschaften“ aus Norddeutschland. Auch bei den letzten Friedensdemonstrationen in Sachsen-Anhalt, an denen regelmäßig Neonazis teilnahmen, wurden Aufrufe zum Aufmarsch am 1. Mai in Halle verteilt. Wir gehen deshalb davon aus, dass die Anmeldung ernst zu nehmen und mit überregionaler Teilnahme zu rechnen ist. Da es bisher noch keine wirklich erfolgreiche Neonazidemonstration in Halle gab, ist vermutlich gerade den örtlichen Nazis sehr an einer großen Mobilisierung und ungestörten Durchführung gelegen. Seit 1990 gab es „nur“ drei Nazidemonstrationen in Halle, die durchweg gestört, wirksam behindert oder (wie

weiter auf Seite 4

Österreich: Die neue alte Regierung

WIEN. Nachdem Bundeskanzler Schüssel drei Monate damit verbracht hat mit allen im Parlament vertretenen Parteien zu „sondieren“, diskutieren und zu verhandeln, stand fest, dass die „alte“ schwarz-blaue Regierung aus der konservativen ÖVP und der rechtsextremen FPÖ eine Neuauflage erleben würde. Vergessen offensichtlich, dass sich die beiden Partner erst vor kurzem heillos zerstritten hatten, die ÖVP betonte, dass mit so einer – dermaßen innerlich zerstrittenen Partei – kein Staat zu machen sei.

Doch die FPÖ hatte sich der ÖVP von allen Parteien in den Verhandlungen am bedingungslosesten an den Hals geworfen, und das will schon was heißen, schließlich waren ja auch die Grünen sehr bemüht, sich in einem Anfall von offensichtlichen Selbstmordgelüsten an die Tröge der Macht zu bringen – ein Unterfangen, das offensichtlich nur durch den Unwillen von Bundeskanzler Schüssel höchstpersönlich verhindert werden konnte, inhaltlich bestand bereits weitgehende Übereinstimmung.

Doch zurück zur tatsächlichen neuen Regierung: Natürlich gab es auch in der ÖVP Stimmen, die sich gegen die Neuauflage von schwarz/blau ausgesprochen haben, da die ohnehin intern schon zerstrittene FPÖ durch ihre massiven Verluste bei der Nationalratswahl nicht gerade ein zuverlässigerer Partner geworden sei, so zum Beispiel vom mächtigen niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll geäußert.

Doch auch für all die Zweifler wurden dann halt sehr pragmatische Lösungen gefunden: So bekam der Neffe des Landeshauptmanns, Josef Pröll, den Posten als Landwirtschaftsminister, die zweifelnde Tiroler ÖVP wurde ebenso mit einem Posten, dem des neuen Verteidigungsministers Günther Platter, besänftigt, wie die oberösterreichische Fraktion, die mit Helmut Kukacka einen Staatssekretär im Infrastrukturministerium spendiert bekam. Doch auch für die FPÖ gibt es solche personellen „Zuckerln“:

Mit Ursula Haubner wird niemand anders als Jörg Haiders Schwester neue Gesundheitsstaatssekretärin. Ebenfalls von FPÖ-Seite her neu in der Regierung ist der Voralberger Hubert Gorbach, der dem Kurzzeit-FPÖ-Chef Matthias Reichhold ins Infrastrukturministerium folgt, und damit bereits der vierte entsprechende Minister in drei Jahren schwarz-blauer Liaison wird. Als Sport-Staatsekretär neu hinzugekommen ist Karl Schweitzer, der sich 1992 in seiner Rolle als FPÖ-Bundesgeschäftsführer schützend vor zwei Neonazis – die er selbst als „Mitglieder unserer Bewegung“ bezeichnete – stellte, die zuvor den jüdischen Friedhof in Eisenstadt geschändet hatten.

In der Regierung verblieben sind Haiders Ex-Anwalt und persönlicher Freund Dieter Böhmdorfer, der unauffällige Gesundheits-Staatsekretär Reinhart Waneck und FPÖ-Chef und neuer Vizekanzler Herbert Haupt, der weiterhin das Sozialministerium inne hat, auch wenn er einzelne Agenden an das neu geschaffene Ministerium für Frauen und Gesundheit – und somit an die ÖVPlerin Maria Rauch-Kallat – abgeben muss. Einen weiteren Ministerposten verloren hat die FPÖ durch den Parteiaustritt von Karl-Heinz Grasser, der der neuen Regierung nun als parteifreier Finanzminister angehört.

Querschüsse aus Kärnten

Kaum gibt es eine neue schwarz/blaue Regierung, schon macht ihr Jörg Haider wieder das Leben ein bisschen spannender: Zuerst attestierte er Bundeskanzler Schüssel – nicht einmal eine Woche nach der Regierungsangelobung – sich in einem „Machtrausch“ zu befinden, und kündigte an, dieser werde für seine Demütigungen „bitter bezahlen“. Nur wenige Tage später kündigte er in seiner Funktion als Landeshauptmann von Kärnten ein Referendum an, dass die Bildung eines „Freistaates“ Kärnten nach dem Vorbild Bayerns zum Ziel habe. Die Bezeichnung Freistaat solle zur Stärkung der eigenen und landestypischen Identität beitragen. Denn in keinem anderen Bundesland seien die Wurzeln zu Volkskultur oder heimischen Liedgutes so stark ausgeprägt wie in Kärnten, so Haider.

Aber auch parteiintern wütet Haider wieder: Vor allem die Gehaltsfortzahlung für Ex-Vizekanzlerin Riess-Passer und Ex-Infrastrukturminister Reichhold, die trotz Ausscheiden aus der Politik nicht auf ihr Ministergehalt verzichten wollten, sorgte für einige Aufregung in der selbsternannten Anti-Privilegienpartei. Haider drohte sogar mit einer Abspaltung der Kärntner Landesgruppe von der Bundespartei, da er nicht mehr bereit sei „unser Ansehen und unser Image ruinieren zu lassen“. Zwar wurde das Problem mit der Gehaltsfortzahlung mittlerweile beigelegt - da beide ab Mai in die Privatwirtschaft wechseln - aber das Haidersche Damoklesschwert hängt weiter über dem Kopf von Parteiobmann Haupt, denb Haider kündigte an, sieben FPÖ-Abgeordnete im Nationalrat – er nennt sie die „Glorreichen Sieben“ oder wahlweise die „wahre FPÖ“ – jederzeit auf seiner Seite zu haben. Bereits sechs Abgeordnete könnten die FPÖ/ÖVP-Mehrheit im Parlament kippen.

Newsletter der Rosa Antifa Wien, www.raw.at, 3-2003 ■

beim letzten Mal im Mai 2001) sogar abgebrochen werden mussten.

Uns ist natürlich bewusst, dass am 1. Mai in vielen Städten eigene Demonstrationen und Aktionen geplant sind. Trotzdem würden wir uns freuen, wenn wir von Euch am 1. Mai Unterstützung erhalten würden. Die neuesten Informationen werden von nun an in regelmäßigen Abständen folgen.

Antifaschistische Gruppen Halle ■

Irak-Kriegsflüchtlinge: PDS sagt: aufnehmen – REPs sagen: vertreiben

STUTTGART. Zwei Anträge liegen jetzt dem Gemeinderat zum Thema Irak-Kriegsflüchtlinge vor, wir dokumentieren beide. Gespannt kann man jetzt auf die Antwort der Verwaltung sein.

Antrag vom 20.03.2003, Nr. 76/2003, Küstler Ulrike (PDS), Betreff: Irakische Kriegsflüchtlinge:

„... Nachdem eine friedliche Lösung des Irak-Konfliktes leider gescheitert ist, für die sich auch der Gemeinderat nochmals am 13. März ausgesprochen hatte, ist es die humanitäre Verpflichtung der Landeshauptstadt, den Menschen, die vor dem irakischen Regime und den Gefahren des begonnenen Krieges entfliehen, rasch und unbürokratisch zu helfen.

Ich beantrage daher,

1. Die Stadt Stuttgart erklärt ihre Bereitschaft, Kriegs- und Regimeflüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen.

2. Die Stadt Stuttgart trifft unverzüglich alle Maßnahmen, um die zu erwartende größere Anzahl von Flüchtlingen aus dem Irak angemessen und menschenwürdig unterzubringen.“

Antrag vom 27.03.2003 Nr. 88/2003 DIE REPUBLIKANER , Betreff: Keine Irak Flüchtlinge nach Stuttgart:

„Der Irak Krieg wird in absehbarer Zeit zu einem Ende des Hussein Regimes, zum Wiederaufbau des Landes und zum Ende der UN Sanktionen führen. In Grenznähe werden bereits jetzt von internationalen Hilfsorganisationen zahlreiche Vorbereitungen zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen getroffen. Eine ortsnahe Unterbringung von Flüchtlingen, die ein zeitnahes Rückkehren ermöglichen, ist in jeder Hinsicht sinnvoller, als die Verteilung von Flüchtlingen auf mehrere Kontinente.

Gerade die Stadt Stuttgart hat in der Flüchtlingsfrage viele Erfahrungen z.B. mit Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien gemacht, die u.a. zeigen, daß Flüchtlinge ihre Flucht dazu verwenden, hier ansässig zu werden oder zumindest einen langjährigen Aufenthaltsstatus zu erhalten, anstatt sich am international geförderten Wiederaufbau des inzwischen befriedeten eigenen Landes aktiv zu beteiligen. Eine weitere Aufnahme irakischer Flüchtlinge liegt nicht im Interesse der Stadt und sollte deshalb unter allen Umständen vermieden werden. Die bereits jetzt in Stuttgart lebenden Flüchtlinge und Asylanten aus dem Irak sind darauf vorzubereiten, nach dem Ende des Krieges in ihr befriedetes Heimatland zurückzukehren.

Es ist der richtige Weg, hier rechtzeitig und noch im Kriegsverlauf die entsprechenden administrativen Vorkehrungen zu treffen.

Wir beantragen aus diesen Gründen:

1. Die Stadt Stuttgart nutzt ihre Einwirkungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten konsequent dahingehend, die weitere Aufnahme irakischer Flüchtlinge zu vermeiden.

2. Nach Beendigung des Irak Krieges ist die angemessene Rückführung bereits hier lebender irakischer Flüchtlinge und Asylanten zeitnah zu betreiben.

gez. Dieter Lieberwirth, Sabine Johnson, Erwin Joos“ ■

Rundgang über das Topf & Söhne Gelände

ERFURT. Am 12. April 2003 jährt sich die Besetzung des ehemaligen Firmengeländes von Topf & Söhne zum zweiten Mal. Aus diesem Anlass wird es am 11. und 12. April zahlreiche Veranstaltungen geben. Leider ist die Mitwirkung des Unternehmens Topf & Söhne am Holocaust in weiten Kreisen der Erfurter Bevölkerung immer noch unbekannt. Ein Grund dafür ist sicherlich in der fehlenden öffentlichen Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der Erfurter Stadtgeschichte zu sehen. Ebenso fehlt ein deutlich sichtbarer Hinweis an dem ehemaligen Firmengelände, der auf die historische Bedeutung dieses Ortes aufmerksam macht. Um interessierten Erfurterinnen und Erfurtern einen Einblick in die Geschichte der Firma Topf & Söhne zu erleichtern, haben wir in den letzten Monaten einen Rundgang über das Firmengelände entworfen und ausgearbeitet. Dieser Rundgang ist bereits im Internet unter der Adresse www.topf-rundgang.de zugänglich.

Inzwischen sind die Rundgangstafeln an den einzelnen Gebäuden angebracht und ermöglichen so eine eigenständige Besichtigung des Geländes. Dieser Rundgang soll am 13. April um 14 Uhr am Sorbenweg offiziell mit einer Führung über das Gelände eröffnet werden.

Projektgruppe Rundgang ■

Film & Vortrag

„Sklaven der Gaskammer“

Samstag, 12. April 2003, 17 Uhr

Erfurt, besetztes Topf&Söhne-Gelände/Rudolstädter Str. 1

Die Erfurter Firma Topf & Söhne stellte die Verbrennungsöfen für das nationalsozialistische Vernichtungslager Auschwitz her - dort wurden über 1 Million Jüdinnen und Juden ermordet. 1943 und 1944 setzte die SS ca. 1.900 - meist jüdische - Männer ein, um die Vergasten in den Krematorien von Auschwitz zu verbrennen. Dieses „Sonderkommando“ wurde zur Arbeit an den Öfen von Topf & Söhne gezwungen. Nur wenige haben diese Hölle überlebt - im Film von Eric Friedler und Barbara Siebert, der im Anschluss an einen Vortrag gezeigt wird, kommen einige von ihnen zu Wort...

VVN-BdA ruft auf zu Gedenkkundgebung in der Bittermark

Wieder ist Krieg. Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg ohne UN-Mandat - wie 1999. Es sterben täglich Unschuldige; besonders die Kinder leiden unter den Bomben, dem Hunger. Entsetzen löst die Drohung der US-Regierung mit der Anwendung der Atombombe aus. Auch wir, die Antifaschistinnen und Antifaschisten, verlangen die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen, die Lösung aller Konflikte mit friedlichen Mitteln.

Im Jahre 1945 wurden kurz vor Kriegsende über 400 Antifaschisten aus sieben Ländern Europas in Dortmund (Rombergpark und Bittermark ermordet. Ihrer gedenken wir jedes Jahr und auch diesmal wieder. Wir erinnern auch an ihr Vermächtnis: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Das ist auch der Auftrag aus der UNO-Charta, die 1945 als Lehre aus dem Krieg mit seinen über 50 Millionen Todesopfern geschaffen wurde. Dafür treten wir auch auf den diesjährigen Ostermärschen ein.

Für eine antifaschistische Verfassung eines Europas des Friedens und der Völkerverständigung – zu diesem Thema spricht Dr. Ulrich Schneider (Kassel), Historiker und Bundessprecher der VVN-BdA auf der diesjährigen Vollversammlung des Internationalen Rombergpark-Komitees in Dortmund am 17. April 2003. Die Tagung beginnt um 9 Uhr in der Gedenkstätte Gestapogefängnis Steinwache, Nähe Nordausgang des Dortmunder Hauptbahnhofes. Am Abend wird um 19 Uhr ebenfalls in der Steinwache eine Begegnung mit Dortmunder Antifaschisten und Jugendlichen unter dem Motto "Für ein Europa des Friedens in unfriedlichen Zeiten" stattfinden; vorgesehen ist auch ein Musikprogramm. Die VVN-BdA NRW ruft auch auf zur Teilnahme an der Gedenkveranstaltung der Stadt Dortmund: Karfreitag, 18. April 2003, ab 14 Uhr Gang vom Olpketal zum Mahnmal Bittermark. Es sprechen: Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer, Gisa Marschefski (Internat. Rombergparkkomitee), Eberhard Weber (DGB), Robert Piat (Verband der französischen Zwangs- und Arbeitsdeportierten), Alexandra Dircks und Sebastian Demand (Klasse 5a der Hauptschule Dortmund-Kley).

VVN-BdA NRW, 42107 Wuppertal, Gathe 55, vvn-bdanrw@freenet.de ■

20 000 SchülerInnen protestieren gegen Irak - Krieg

Innensenator Schill lässt knüppeln

Am ersten Tag nach den Frühjahrsferien in Hamburg gingen die SchülerInnen der Hansestadt nicht einfach zur Tagesordnung über: Sie streikten aus Protest gegen den Krieg gegen den Irak.

Gut 20 000 trafen sich am Morgen vor der Schulbehörde und zogen dann in die Innenstadt. Mit dem Peace-Symbol oder der Aufschrift „Stop War“ geschminkt, leere Ölfässer rollend, mit selbstgemalten Plakaten sagten sie unmissverständlich ihre Meinung: „Frieden ist geil“, „Kein Überflugrecht“, Children need a peacefull world“, „Bildung statt Krieg“, „Bush – you rule Amerika, not the world“, „Bombing for peace is like fucking for virginity“ und zu einem Bild mit rauchenden Trümmern „Die Achse des Guten war hier“ demonstrierten Berufsschüler, Gymnasiasten, Gesamt- und HauptschülerInnen, darunter auch viele Sechst- und Siebentklässler. Selten sah Hamburg eine so lockere und friedliche Demonstration, die in breiter Reihe über die Straßen zog.

Nach Abschluss der Demonstration provozierte die an der Absperrung zum US-Konsulat martialisch aufgebaute Polizei einen Knüppel- und Wasserwerfereinsatz. Rund 120 SchülerInnen wurden in Gewahrsam genommen, etliche blutig geschlagen. Während sich NRW damit begnügt, jedem streikenden Schüler ein Bußgeld von 173 Euro anzudrohen und das Saarland den SchülerInnen jegliches Demonstrationsrecht abspricht, ließ Ronald Schill knüppeln.

Der Polizeieinsatz hat große Empörung hervorgerufen, auch die GEW protestierte und forderte SchülerInnen und LehrerInnen auf, das Recht auf Demonstration auch weiterhin wahrzunehmen.

Lokalberichte Hamburg ■



Der massive Einsatz von Staatsgewalt gegen die Demonstration der Schülerinnen und Schüler gegen den Irak-Krieg macht Verrohungserscheinungen bei der Polizei offenbar. Die autoritäre Senatslinie im Umgang mit Kritik und Opposition reißt augenscheinlich auch bei Polizeibeamten Hemmschwellen nieder. Anders ist kaum zu erklären, dass junge Menschen blutig geschlagen werden, weil sie der Polizei im Weg stehen. Aber nicht nur der Gewalteinsatz selbst ist beunruhigend, sondern das Konzept, auf dem er gründet.

Nach der Demonstration veröffentlichte die Polizei eine Presseerklärung, in der der Polizeieinsatz so begründet wurde: „Eine Gruppe von erwachsenen Palästinensern, Kurden und gewaltorientierten Jugendlichen, die mit Holzlatten und Steinen bewaffnet waren, bedrängte die Absperrkräfte und griff die Polizisten an.“ Diese Behauptung wurde durch die Medien übernommen und tagelang ausgewalzt. Die Welt steigerte sie zur Aussage, dass etwa „1.200 Kurden und Palästinenser“ unter den „radikalen Demonstranten“ gewesen seien. (25.3.) Erst einige Tage später vermeldete die Welt beiläufig, dass es nach Polizeiangaben für die Beteiligung erwachsener Kurden und Palästinenser keine Anhaltspunkte gegeben habe. Die Polizei hat wissentlich Falsches behauptet. Es handelt sich dabei keineswegs um die Notlüge einer unter Legitimationsdruck geratenen Behörde. Seit Wochen ergeht aus der Innenbehörde, von Schill persönlich wie vom Hamburger Verfassungsschutzpräsidenten, die Behauptung, dass im Zusammenhang mit einem Irak-Krieg mit „extremistischen Aktivitäten“ der Kurden bzw. der „PKK-Nachfolgeorganisation KADEK“ zu rechnen sei. Eine Behauptung, für die jeder Anhaltspunkt fehlt und die deshalb allein die Absicht der In-nenbehörde verrät, die kurdische Bevölkerungsgruppe zu diffamieren und die Repression gegen sie erneut zu verschärfen. Dass sich diese Behördenstrategie zugleich gegen die Antikriegsproteste wendet und Polizeigewalt gegen Antikriegsproteste begründet, hat sich am 24. März gezeigt.

Festzuhalten ist, dass die Innenbehörde die Polizei vom ersten Kriegstag an auf Behinderung und Unterdrückung von Antikriegs-Protesten eingeschworen hat. Die Demonstrationen werden aus belebten Innenstadtgebieten abgedrängt, alle Demonstrationen finden unter massiver Polizeibegleitung statt, die Polizei nimmt aus nichtigen Anlässen immer wieder Menschen in Gewahrsam oder fest, sie geht gegen missliebige Transparente in Demonstrationen vor[1] und demonstriert bei jeder Gelegenheit hohe Gewaltbereitschaft. Auch in diesem Sinne ist der Einsatz gegen durch den Krieg zutiefst beunruhigte protestierende Kinder und Jugendlichen kein „Ausrutscher“.

Schill hat sich geweigert, dem Innenausschuss der Bürgerschaft, der am 1. April zu einer Sondersitzung wegen des Polizeieinsatzes am 24.3. zusammengetreten war, die Videos der Polizei zu zeigen. Er hat wohl allen Grund zu vertuschen, was die Videos zeigen. Aber die dreiste Missachtung des Parlaments macht auch deutlich, dass Schill auf seiner provokativen, repressiven Linie gegen die Antikriegsproteste beharrt und dass er die weitere Eskalation sucht.

scc ■

1 Man kann über die politische Aussage von Transparenten, die z.B. durch Verwendung von Symbolen einen Vergleich zwischen der US-Regierung und dem deutschen Faschismus ziehen, durchaus streiten. Dass die Polizei aber solche Transparente und Plakate aus Demonstrationen mit der Begründung entfernt, die Verwendung faschistischer Symbole sei in der BRD verboten und man solle sich an den Konsens der Ablehnung des Faschismus halten (!), ist blanker Zynismus und nackte Provokation.

Über Bagdad nach Dresden

Warum und wie die Rechte die Friedensbewegung für sich und ihre Zwecke entdeckt

Gesehen hat sie niemand. Doch in einer Presserklärung des Aktionsbüro Mitteldeutschland wird über die angebliche Beteiligung von »250 Nationalisten aus Berlin und Brandenburg«[1] an der größten Friedensdemonstration in Berlin am 15. Februar berichtet. Bei über 500.000 TeilnehmerInnen entspräche das einem verschwindend geringen Anteil von 0,5 Promille. Daneben führten dieser Tage mehrere rechte Gruppierungen eigene Aufmärsche gegen den Krieg mit durchaus ansehnlichen Teilnehmerzahlen durch und auch andernorts wurde – mehrfach erfolgreich – versucht, sich anderen Protesten anzuschließen.

Dies geschieht zum einen aus Provokations- und Publicitygründen. Aber es gibt durchaus auch »authentische« Gründe für die extreme Rechte, sich gegen den bevorstehenden Krieg zu wenden. So wird von ihnen beispielsweise mit der Forderung »Kein deutsches Blut und Geld für fremde Interessen«[2] gegen den Krieg mobilisiert. Mit fremden Interessen sind dabei vor allem die angeblichen »Weltherrschaftspläne« der USA gemeint.[3]

Federführend bei Aktionen gegen den Krieg ist das Aktionsbüro Norddeutschland. Unter dem Namen »Not with U$« wurde gleich eine ganze Kampagne zu diesem Thema ins Leben gerufen, durch die der »Protest gegen die weltweite Unterdrückungspolitik der USA (...) einen immer größeren Eingang in den politischen Kampf des nationalen Widerstandes finden« soll.[4]

In Flugblättern wird den USA vorgeworfen, sie wollten eine »neue Weltordnung«[5] namens »Oneworld«[6] installieren, um die Freiheit der Völker einzuschränken. Diese Freiheit der Völker meint die Unabhängigkeit Deutschlands von den ehemaligen Westalliierten und insbesondere den USA. Mit dieser antiamerikanistischen Argumentation versucht die extreme Rechte, antiamerikanische Reflexe in der Friedensbewegung anzusprechen. Auf einem zu dieser Kampagne durchgeführten Aufmarsch in Hamburg-Wandsbek wurden kaum klassische Nazi-Transparente mitgeführt und auch Sprechchöre wie »USA – internationale Völkermordzentrale« oder »Amis raus!« ließen nicht zwangsläufig auf einen rechten Aufmarsch schließen. Das gleiche galt auch für die Musikauswahl: unter anderem erklang das Lied »Yankees raus« der linksradikalen Punkband Slime. Konsequent auf den Punkt gebracht wird dieser nationalistische Antiamerikanismus in der Losung: »Wer für die USA ist, ist gegen uns Deutsche«.[7]

Bresche für den Revanchismus

Gleichzeitig versucht die extreme Rechte mit ihrem »antiimperialistischen« Gestus, der sich ausschließlich gegen die USA richtet, die Verbrechen des Nationalsozialismus im zweiten Weltkrieg zu relativieren oder ganz zu leugnen. Es soll der Eindruck erweckt werden, die USA stünden in einer imperialistischen Kontinuität, die sie im Zweiten Weltkrieg Deutschland angreifen ließen. Dem heutigen Deutschland wird ein solcher Imperialismus selbstverständlich nicht unterstellt, obwohl dies wegen seiner engen Verbundenheit zur USA nur folgerichtig wäre. Stattdessen wird der deutschen Regierung vorgeworfen, sich im Ausland nicht genügend für deutsche Interessen einzusetzen und sich mit der Unterstützung der USA dem Diktat Israels zu beugen.[8]

Komplett unverblümt formuliert dies die NPD-Fraktion im Wetterauer Kreistag. In einer Erklärung zum Krieg heißt es dort, dass die Angriffskriege der USA »nur einen weiteren Schritt zur Weltherrschaft der USA und damit der Wall Street darstellen«.[9]

Dass es deutsche Nationalsozialisten waren, die den größten imperialistischen Angriffskrieg führten, wird ausgeblendet und in einen Befreiungskampf gegen imperialistische Bestrebungen der USA umgemünzt: »Wir Deutschen waren die ersten Opfer des amerikanischen Größenwahns. Unsere damalige Reichsregierung hatte es gewagt, den Weg in die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gehen.«[10]

Eine weitere Argumentationslinie der Neonazis ist der Versuch, einen möglichen amerikanischen Bombenangriff auf Bagdad mit dem Bombenkrieg der Alliierten gegen Deutschland gleichzusetzen. Dieser geschichtsrevisionistische Bezug soll letztendlich eine Umkehr der Kriegsschuld zu Gunsten Deutschlands und zu Ungunsten der USA herbeiführen. In Flugblättern heißt es dazu: »Was vor knapp 60 Jahren in Deutschland passierte, wiederholt sich jetzt im Irak«[11] und »Deutschland hat weder den ersten, noch den zweiten Weltkrieg gewollt«.[12]

Gerade recht kommt der extremen Rechten da der Weihnachtsbestseller »Der Brand« von Jörg Friedrich, der in Millionenauflage die angeblichen Kriegsverbrechen Englands im Bombenkrieg gegen Deutschland anprangert und diese Argumentation einer breiten Öffentlichkeit in die Hände legt.

Antisemitismus als Motiv

Gerade die Neonazis hegen aber auch Sympathien für den irakischen Diktator Saddam Hussein selber. Immerhin führt er seinen Staat mit einer harten Hand und seine ideologische Basis besteht aus einem extremen Nationalismus mit leicht sozialistischem Touch. Vor allem die Ablehnung des Staates Israel dürfte den Nazis aus der Seele sprechen. So versprach Hussein unlängst allen Hinterbliebenen palästinensischer Selbstmord-Attentäter eine Prämie von 10.000 US-Dollar.

Der extremen Rechten geht es bei der »Solidarität« mit dem Irak wie auch bei dem Bezug auf Palästina darum, den Staat Israel oder das Judentum insgesamt anzugreifen. So gehe es bei diesem Krieg nur darum, die »wirtschaftliche Macht der US-Konzerne und der weltweiten Geldverleiher auszubauen«[13] und Hussein solle nur gestürzt werden, da »dessen Regierung nicht mehr ins Konzept der Achse Washington-Israel passe«.[14]

Die Möglichkeit, unter dem Vorwand der Friedenssehnsucht Antisemitismus offen formulieren zu können, ist eine

Nazis auf Friedensdemos

Berlin, 15.2. Ca. 250 Nazis aus Berlin und Brandenburg nahmen teil. Die Polizei verteilte wohl mehrere Platzverweise, aber der Großteil sickerte durch.
Wittstock, 15.2. Drei Nazis um den Bernauer NPD-Funktionär Ricardo Grassmann verteilten auf einer Friedensdemo Flugblätter, am Abend zuvor waren 80-100 NPD-Anhänger aufmarschiert – ebenfalls gegen den Krieg.
Halle, 17./24.2. Etwa 50-60 Nazis erschienen mit Transparent, Fahnen, einem Megaphon und stapelweise Flugblättern. Es wurde, ohne dass Polizei einschritt, die Parole „Massenmord in Palästina - Holocaust durch die Rabbiner!" gerufen. Die Polizei verfolgte die Strategie, zwischen BürgerInnen und Nazis eine „Pufferzone" zu bilden, die Nazis mischten sich aber lieber unter die Menge. Antifas wurden von der Polizei behindert, aber immerhin distanzierten sich hier die Veranstalter über Lautsprecher von den Nazis.
Pirna, 22.2. Gegen eine angemeldete Neonazi-Demonstration unter dem Motto „Gegen Steuererhöhung" zeigte die Stadt mutig ihr Gesicht, indem sie die Nazis mittels einer Friedenskundgebung in einem Park, in dem ein Denkmal für die Soldaten der Roten Armee steht, ignorieren wollte. Die ca. 70 Nazis verzichteten jedoch spontan auf ihre Demo und nahmen samt Transparenten und Plakaten an der Friedenskundgebung teil, nachdem sie sich durch einige Antifas den Weg freimachen mussten. Einer der Antifas wurde daraufhin in Vorbeugegewahrsam genommen. Mit dabei waren Nazis aus dem SSS-Umfeld sowie die Dresdner „Thor" - Betreiber Ronny Thomas und Sven Hagendorf. Die Nazis machten ein Fünftel der Kundgebung aus und wurden belohnt mit: „Wir freuen uns, dass so viele gekommen sind." Ein Nazi zeigte den Hitlergruß; anwesende Polizisten wollen nichts gesehen haben. Mitveranstalter war die „Aktion Zivilcourage". Im November 2000 war eine von ihnen initiierte Demo gegen rechte Gewalt von ca. 100 Nazis mit Flaschen und Steinen angegriffen worden.
Anklam, 1.3. Etwa 80 Nazis nahmen mit eigenem Transparent an einer Friedensdemo teil. Der Zutritt zur Kirche wurde ihnen verwehrt...(garfield 3.3.)

aus Gamma News Leipzig ■

Hauptmotivation für Neonazis, sich gegen den drohenden Krieg im Mittleren Osten zu engagieren.

Abgrenzungs-Schwierigkeiten

Wenn sich die extreme Rechte mit solchen Argumenten an Anti-Kriegs-Protesten beteiligen kann, ist das oft auf mangelnde Sensibilität oder einen falsch verstandenen Toleranzbegriff zurückzuführen. So war immer wieder zu hören, ein jeder habe das Recht, friedlich gegen den Krieg zu demonstrieren. Bei den Demonstrationen komme es nur darauf an, gegen den Krieg zu sein und nicht, aus welchem Lager die Demonstranten stammen. Das Auftreten der Neonazis als friedensliebende Deutsche und die Ähnlichkeit ihrer Parolen mit denen anderer Teile der Bewegung dürften mancherorts ihr Übriges zur Duldung beigetragen haben. Freie Nationalisten beispielsweise müssen ihre Parolen nicht modifizieren oder in ihrer Radikalität zurücknehmen, sondern sie suchen sich gezielt Anknüpfungspunkte bei Parolen und Argumenten der Friedensbewegung. Wie vielversprechend und wichtig ihnen diese Intervention ist, zeigt ein Konzeptpapier des Aktionsbüros: »Derzeit sollte der nationale Widerstand jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um gegen die globale Macht- und Kriegspolitik zu protestieren. (...) Wünschenswert wäre auch, dass in nächster Zeit (...) andere nicht ganz so dringende Anlässe zurückgestellt werden.«[15]

Teile der Anti-Kriegs-Bewegung geben sich unter der Parole »Kein Blut für Öl« scheinbar strikt antikapitalistisch. Diese oberflächliche Kapitalismuskritik projiziert alle negativen Erscheinungen auf einen – in der Tat existierenden – aggressiven us-amerikanischen Kapitalismus, äußert sich aber nicht oder kaum ablehnend über die europäischen oder deutschen Verhältnisse. Die Verantwortung deutscher Regierungen oder gar hiesiger Rüstungskonzerne an der Situation im Mittleren Osten wird angesichts des (momentanen) Anti-Kriegs-Kurses der rot/grünen Regierung ausgeklammert. Ein solcherart verkürzter Antikapitalismus bietet der extremen Rechten natürlich eine Steilvorlage, denn ihre Ablehnung des herrschenden Systems manifestierte sich schon immer im Hass gegen den »wertelosen US-Kulturimperialismus«[16] und die im Hintergrund vermuteten »jüdischen Strippenzieher« an der amerikanischen Ostküste.

Ausblick

Auch wenn gerade die freien Nationalisten ihre Aktionen meist als Erfolge feiern und in der Szene einen Enthusiasmus für das Thema entdeckt haben wollen, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie dadurch ihre Position in der Gesellschaft nicht verbreitern können. So haben die Nazis es trotz aller Bemühungen nicht geschafft, auch nur als Stichwortgeber für die breite Masse der Friedensbewegung aufzutreten, geschweige denn, eigene Positionen in die Gesamtheit der Bewegung zu tragen.

Auch wenn sie auf manchen Veranstaltungen der Friedensbewegung geduldet wurden, stoßen sie – auch bei guter Tarnung – bei weiten Teilen dieses Spektrums weiterhin auf klare Ablehnung. Die selbst organisierten Anti-Kriegs-Aufmärsche waren zwar besser besucht als andere Nazi-Aufmärsche der letzten Monate; Teile der Friedensbewegung in diese Aufmärsche zu integrieren oder gar einen Schulterschluss rechter und linker Anti-Kriegs-Aktivisten zu erreichen, erscheint jedoch nach wie vor als rhetorische Großmachtphantasie des rechten Lagers.

Falco Schuhmann ■

aus Monitor, rundbrief des apabiz e.v. berlin, www.apabiz.de

1 »Nationaler Widerstand unterstützte Friedensdemonstration in Berlin«, Pressemitteilung des Aktionsbüro Mitteldeutschland vom 15. Februar 03.
2 »Linke und nationale Kräfte gemeinsam für den Frieden«, Nationaler Beobachter 01/03, http://www.nd-b.com/nb/archiv/nb012003.html.
3 »Nein zum Krieg«, Flugblatt der Deutschland-Bewegung.
4 http://widerstandnord.com/aktionsbuero/kampa_terror.htm
5 »Terror ist ein Meister aus Amerika«, Flugblatt des Aktionsbüro Norddeutschland.
6 Ebenda.
7 Ebenda.
8 »Gegen Krieg in Torgau«, Nationaler Beobachter 01/03, http://www.nd-b.com/nb/archiv/nb012003.html.
9 Ralf Haschke: »Gegen die US-Kriegsvorbereitungen«, Deutsche Stimme 2/2003, S. 11.
10 »Terror ist ein Meister aus Amerika«, Flugblatt des Aktionsbüro Norddeutschlands.
11 »Ziehen uns die Amis in den 3. Weltkrieg«, Flugblatt des Aktionsbüro Norddeutschland.
12 »Wir wollen keinen Krieg!«, www.die-kommenden.net/afd/kein_krieg.htm.
14 Ebenda.
15 http:/widerstandnord.com/aktionsbuero/kampa_terror.htm
16 »Rezeptur zur Herbeiführung eines US-Militärschlages«, Flugblatt des Aktionsbüro Norddeutschland.



Nazis versuchen mit einem „anti-imperialistischen Outfit" die Friedenskundgebung an den Turley-Barracks in Mannheim zu stören.

MANNHEIM. Seit Kriegsbeginn finden überall große Demonstrationen und Aktionen der Friedensbewegung statt. In Mannheim gab es am „Tage X" eine Kundgebung am Paradeplatz mit ca. 3000 Teilnehmern und eine anschließende Demonstration zu den Turley-Barraks. Besonders positiv beeindruckend waren die vielen handgemalten Antikriegs-Bilder, die von Schulkindern an den Zaun der Kaserne gehängt wurden.

Weniger erfreulich war das überraschende Auftreten von einem Haufen junger Neonazis (die Schätzungen belaufen sich auf 60 bis 200), die mit der OEG gekommen waren. Die großdeutschen Demagogen versuchten sich mit nur gegen die USA gerichteten „antiimperialistischen" Parolen („USA – internationale Völkermordzentrale") und Transparenten an die Demonstration anzuhängen. Teilnehmer der Friedensdemo versuchten aber sofort die Nazis abzudrängen. Bei dieser Auseinandersetzung sind auch einige Flaschen geflogen. Die Polizei war dann aber schnell zur Stelle, geleitete die Nazis zur Käfertalerstraße, wo sie mit einem MVV-Bus wieder abtransportiert worden sind. Sicherlich ist in Zukunft mit weiteren Aktionen der Rechten, die die Antikriegsstimmung für sich nutzen wollen, zu rechnen.

Am Tage darauf, am 21. März, versammelten sich am Paradeplatz um 11 Uhr ca. 2.000 StudentInnen und vor allem SchülerInnen zu einer Kundgebung. Ein Teil von ihnen zogen noch zur den Spinelli-Barracks, um die Tore zu blockieren. Hier hat sich gezeigt, was sich schon vorher angedeutet hat, und sich nun mehrmals bestätigt hat: Die Polizei hat Weisung, für freien Zugang zur Kaserne zu sorgen. Insbesondere wenn alle drei Tore zu den Spinelli-Barracks blockiert wurden, wurden die Menschen beiseite geschoben oder weggetragen. Die US-Militärs sollen sich bei der Stadtverwaltung und dem Innenministerium beschwert haben.

Die Blockadeaktionen wird es weiterhin, überwiegend nach dem Ende der Mahnwache jeden Samstag um 12 Uhr, geben. *scr* ■

Die französische extreme Rechte und der Irakkrieg

Aus der Ferne würde man zweifellos glauben, es handele sich um ein Plakat von Pazifisten oder Linken. Oben steht in dicker Schrift „Irak: Nein zum Krieg“, und darunter sieht man Rumpf und Arme eines Soldaten mit schwerer Waffe sowie, im Hintergrund, ein weinendes Kind. Doch im rechten unteren Eck prangt die blau-weiß-rote Flamme mit dem Kürzel „FN“, daneben steht die (postalische sowie elektronische) Kontaktadresse der rechtsextremen Partei.

Dieses Motiv ziert seit dem 21. März die elektronischen Botschaften, die der Front National mehrmals pro Woche über seine Mailingliste an die eingetragenen Sympathisanten (und JournalistInnen) versendet. Ende März tauchten dann auch entsprechende Plakate auf. So fanden die linken und sonstigen kriegsgegnerischen DemonstrantInnen – unter ihnen zahlreiche ImmigrantInnen aus arabischsprachigen Ländern –, die sich am 29. März zur vierten Demo seit Kriegsbeginn auf die Pariser Place de la Concorde begaben, in der Nähe des Sammlungsorts geklebte Plakate mit diesem Motiv vor.

Aus – prinzipiell richtigem – antifaschistischem Reflex heraus hatten junge Leute die FN-Flamme mit Aufklebern der KP-Jugend (JC, für Jeunesse communiste) überklebt, wobei aber der daneben stehende Schriftzug noch sichtbar blieb. Vom objektiven Ergebnis her betrachtet, unterstrich dies noch die vermeintliche Austauschbarkeit mit linken oder pazifistischen Plakaten. Am darauf folgenden Sonntag waren entsprechende Plakate auch andernorts in Paris sichtbar. (Bis dahin hatte, jedenfalls in Paris, eine mehrmonatige Pause im öffentlichen Auftreten der extremen Rechten durch Klebeaktionen geherrscht. Seit kurzer Zeit allerdings macht der FN in der Hauptstadt wieder durch Aufkleber auf sich aufmerksam, diese betreffen zur Zeit vor allem die Sozialpolitik: „Le social, c’est le Front national“.)

Der scheinbar humanistische Charakter des vom FN verbreiteten Materials belegt seine Fähigkeit, auf geschickte Weise aktuelle gesellschaftliche Stimmungen aufzugreifen – und Verwirrung zu stiften. Die pseudo-pazifistische Pose hat dabei in jüngerer Vergangenheit eine gewisse Tradition. Denn der Front National opponierte in den 90er Jahren gegen die größeren militärischen Konflikte, die von den westlichen Führungsmächten geführt wurden – namentlich gegen den Irak 1991 und gegen Serbien 1999 – und nutzte dabei die Gunst der Stunde, um eher unerwartete Formen des Auftretens zu erproben.

So plakatierte der FN zu Anfang des Jahres 1991 auf breiter Fläche: Mitterrand, la guerre – Le Pen, la paix (Mitterrand, der Krieg – Le Pen, der Frieden), als Frankreichs damaliger sozialistischer Präsident François Mitterrand das Land mit 15.000 Soldaten am seinerzeitigen Golfkrieg teilnehmen ließ. Damit überraschte die extreme Rechte, von der man ein eher militaristisches Profil gewohnt war, viele Beobachter.

1991: Überraschender Umschwung der extremen Rechten

Tatsächlich widerspiegelte die Opposition des FN gegen die US-geführte Allianz im Golfkrieg von 1991 seinen damaligen Paradigmenwechsel. Bis dahin war der FN vor allem antikommunistisch orientiert und gegen die Dritte Welt ausgerichtet, und in den 80er Jahren war er auch eher pro-atlantisch. (Le Pen hatte 1986 noch US-Präsident Ronald Reagan aus Anlass eines Konvents der US-Republikaner die Hand geschüttelt. Das Foto vom Händedruck wurde in seinem Präsidentschaftswahlkampf 1988 massiv verwendet, um seine vorgebliche weltpolitische Kompetenz zu beweisen.) Doch am Ende der Blockkonfrontation hatte der FN seine internationale Orientierung gründlich neu definiert.



FN-Plakat

Da die Frontstellung „freie Welt gegen Kommunismus“ überholt sei, so die rechtsextremen Vordenker und Strategen, müsse man jetzt eine anti-westliche Orientierung annehmen, um sich strikt von der liberalen Variante des Kapitalismus abzugrenzen. Dieser Paradigmenwechsel verlief parallel zu jenem in der Innenpolitik, der den FN zunehmend weiter von der konservativen und bürgerlichen Rechten entfernte und ihn, mit verstärkter sozialer Demagogie, um Arbeiter und Arbeitslose, ja ausdrücklich um frühere Linkswähler werben ließ. Denn, so die Intellektuellen der extremen Rechten, das Ende des „real existierenden Sozialismus“ sowie die Bekehrung der regierenden Sozialdemokratie zu neoliberalen Paradigmen hätten den Platz der „Systemopposition“ vakant werden lassen. Es liege daher an der extremen Rechten, ihn zu besetzen, und die Opfer sozialer Ungerechtigkeiten anzuziehen. Allerdings war die pro-irakische Position so „revolutionär“ auch wieder nicht, denn der Irak hatte in den 70er und 80er Jahren einen der engsten geostrategischen Verbündeten Frankreichs gebildet. Daher exisitierte auch innerhalb der etablierten Parteien eine beträchtliche pro-irakische Lobby, die eine stärkere Beachtung der geostrategischen Eigeninteressen Frankreichs und ihre Geltendmachung gegenüber den USA forderte.

Dennoch vollzog fast die gesamte konservativ-liberale Rechte zwischen dem Ausbruch der Kuwait-Krise im August 1990 und dem Kriegsbeginn im Januar 1991 einen Kurswechsel, zugunsten der Unterstützung der USA. Daher stand der FN mit seiner klar pro-irakischen (und sogar dezidiert regimefreundlichen) Position – Parteichef Jean-Marie Le Pen besuchte im November 1990 demonstrativ den Präsidenten Saddam Hussein – auf der Rechten am Ende quasi allein da.

Diese Positionierung blieb allerdings zeitweise bis in die Reihen der Führungskader der extremen Rechten hinein umstritten: Das damalige Mitglied im „Politischen Büro“ des FN (das ist das oberste Parteigremium) Pierre Sergent, ein ehemaliger Angehöriger der Terrororganisation OAS (Organisation armée secrète) – die gegen den französischen Rückzug aus Algerien 1962 bombte – opponierte während der Golfkrise offen gegen die Position von Parteichef Le Pen. Und die rechtsextreme Wochenzeitung „Minute“, die eine Art Scharnierstellung zwischen dem rechten Flügel der Konservativen und dem Front National einnimmt, verlor wegen ihrer Unterstützung dieser Position damals fast ein Drittel ihrer Leser – ihre Auflage fiel von knapp 46.000 vor der Golfkrise, auf rund 31.000 danach.

Eine SOFRES-Umfrage, die am 6. Oktober 1990 durch die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ veröffentlicht wurde, zeigt auch die möglichen Beweggründe der Stellungnahme des FN-Chefs auf. Ein Drittel der Befragten gaben damals an, Le Pen beziehe die pro-irakische Position, „um sich von allen anderen Politikern abzuheben“. Tatsächlich dürfte hier ein Hauptgrund liegen: Alle großen Parteien (mit Ausnahme der KP und der radikalen Linken) waren damals für den Aufmarsch der USA und ihrer Alliierten am Golf, unter Führung von George Bush dem Vater. 25 Prozent der Befragten sahen Le Pens Antisemitismus und sein Verhältnis zu Israel als Motiv an. Daran ist sicherlich etwas Wahres dran, allerdings muss diese Aussage nuanciert werden: Bis Ende der 80er Jahre, und seit den Kolonialkriegen der späten Fünfziger Jahre – damals war Israel (gegen

Algerien und Ägypten) mit Frankreich verbündet gewesen – war Le Pen, der als Freiwilliger 1956 am Suezkanal gekämpft und 1957 in Algerien eigenhändig gefoltert hatte, aus außenpolitischen Motiven eher pro-israelisch gewesen. Aber seine Ausladung von einem für Anfang 1988 programmierten Besuch in Israel, nachdem er sich im September 1987 im französischen Fernsehen ein bisschen zu lautstark zu den Thesen der Geschichtsrevisionisten bekannt hatte – Stichwort „die Detail-Affäre“ – hatte zu einem Umschwung seiner Position geführt. 15 Prozent der Befragten wiederum meinten, Le Pen unterstütze deswegen den irakischen Präsidenten, weil er Bündnisse mit arabischen Herrschern suche, um mit diesen über die Begrenzung (oder „Rückführung“) der arabischstämmigen Immigration in Frankreich zu verhandeln. Auch dies ist nicht völlig von der Hand zu weisen, allerdings hat der Irak fast keinen Einfluss auf die real in Frankreich lebenden Immigranten – die vor allem aus Marokko, Algerien und Tunesien stammen. Aber als ideologische Konzeption mag Le Pen diese Vorstellung gehegt haben.

2003: Schwierigkeiten, Gehör zu finden

Im Jahr 2003 haben sich die Dinge geändert. Frankreichs offizielle Position war, vor dem Hintergrund eines Interessenkonflikts mit den USA (dabei ging es um die Neuordnung des Mittleren Ostens und die Aufgabenverteilung in der NATO), seit dem Jahreswechsel eher gegen die Kriegspläne der US-Adminstration gerichtet. Zumindest wurde eine Zustimmung zu einem Krieg mit Bedingungen versehen, die durch die Regierung Bush zurückgewiesen wurden. Damit wurde dem FN tendenziell der Wind aus den Segeln genommen. Denn dass dieser nicht nur den US-Krieg ablehnt, sondern auch explizit die Diktatur Saddam Husseins unterstützt, ist bis in seine eigene Wählerschaft hinein recht unpopulär. Bereits während der Kuwait-Krise und im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs, 1990/91 war die Mehrheit der FN-Wählerschaft in dieser Frage nicht unbedingt auf Seiten Le Pens. Nur 48 Prozent der Le Pen-Wähler bei der Präsidentschaftswahl 1988 waren bei der vorher zitierten Umfrage vom Oktober 1990 der Ansicht gewesen, der FN-Chef vertrete mit seiner Position zum Irak „die nationalen Interesse Frankreichs“. Und als das „Figaro-Magazine“ im März 1997 die FN-Sympathisanten nach ihren Vorlieben für bestimmte Länder fragte, äußerten sich nur 14 Prozent zugunsten des Irak. Dieser nahm den letzten Platz auf einer Liste von zwei Dutzend Vorschlägen ein. Und aus Anlass des aktuellen Konflikts zwischen den USA und dem Irak zeigte sich, dass ab August 2002 die FN-Wählerschaft jene war, die – unter allen Parteien – den höchsten Anteil an offenen Kriegsbefürwortern aufwies. Der anti-arabische Rassismus von bedeutenden Teilen dieser Wählerschaft spielt dabei sicherlich eine Rolle. 35 Prozent der FN-Wähler wollten im Herbst 2002 einem US-Krieg gegen den Irak auch ohne Mandat der Vereinten Nationen zustimmen – das war der höchste Anteil unter allen befragten Wählerschaften.

Daher hat die extreme Rechte zur Zeit einige Probleme, in ähnlichem Ausmaß wie 1991 auf sich aufmerksam zu machen. Im Zusammenhang mit dem begonnenen Krieg, und den Protesten der Pazifisten und der Linken gegen ihn, spricht man jedenfalls in der (Medien-)Öffentlichkeit derzeit so gut wie gar nicht vom FN. Auch wenn etwa Marine Le Pen, die derzeit in raschem Aufstieg befindliche Tochter des Parteichefs, etwa in ihrem Interview mit der Boulevardzeitung ‚Le Parisien‘ vom 30. September 02 bereits das Kriegsthema aufgegriffen hatte, und ihre Ablehnung eines US-Kriegs im Irak mit Worten begründete, die auch gut von irgend einer anderen Partei hätten stammen können.

Der FN hat zwar am 1. Februar 03 eine eigene Kundgebung mit seiner pseudo-humanistischen Vereinigung SOS Enfants d’-Irak (SOS Kinder des Irak), der Le Pens Ehefrau Jany vorsteht, durchgeführt – dazu fanden sich jedoch nur rund 150 Personen ein. Aus Anlass der großen Antikriegsdemonstration (mit 200.000 TeilnehmerInnen allein in Paris) 14 Tage später hatte zwar die Le Pen-Tochter Marine, die mögliche künftige Parteivorsitzende, eine Teilnahme ihrer Partei angekündigt. Die Veranstalter hatten jedoch ihrerseits angekündigt, die extreme Rechte nicht im Zug zu dulden. Letztlich hielt der FN es für angeraten, sich lieber nicht blicken zu lassen. Seit dem 15. Februar hat man im Zusammenhang mit den Demonstrationen auch nichts mehr von der rechtsextremen Partei gehört.

Aktuelle Stellungnahmen der extremen Rechten

Aus Anlass des Kriegsbeginns am 20. März 03 hielt Le Pen im Europaparlament eine recht scharfe Rede, in der er ankündigte, nunmehr bräuchten die Staatschefs der US-geführten Koalition sich „nicht zu wundern, wenn sie zu den ersten Zielen terroristischer Vergeltungsaktionen werden“. Dabei ging er freilich nicht so weit wie der Chefideologe der „Neuen Rechten‘, Alain de Benoist, der in einem Kommuniqué vom 20. März an verschiedene Zeitungsredaktionen ankündigte: „Jeder Vergeltungsakt gegen amerikanische Interessen in der Welt (...), an welchem Ort auch immer er stattfindet, mit welchem Ausmaß und welchen Mitteln auch immer, unter welchen Umständen es sei, ist nunmehr zugleich legitim und notwendig.“ Ein paar Stunden später schien Alain de Benoist jedoch kalte Füße bekommen zu haben, denn in einem zweiten Kommuniqué präzisierte er, er habe natürlich keine

„terroristischen Aktionen" gutheißen wollen. Beide Kommuniqués wurden durch die rechtsextreme Wochenzeitung ‚Minute' vom 26. März 03 veröffentlicht.

Der FN und seine parteieigene Zeitung ‚National Hebdo' (NH) vom gleichen Datum legten ihrerseits besonderen Wert in ihrer Argumentation darauf, dass rund eine Million Christen im Irak lebten, mit denen man besonders solidarisch zu sein habe. Seitens der Partei äußerte sich zu diesem Thema besonders Bernard Antony – der Chef des katholisch-fundamentalistischen Flügels – in einem Kommuniqué, in der Zeitung NH kommentierte der ebenfalls den katholischen Fundamentalisten angehörende Leitartikler Yves Daoudal in diesem Sinne „Den ungerechten Krieg". Die Ultrakatholiken bilden eine der Strömungen innerhalb der extremen Rechten, die aber in ihrem Kampf um die ideologische Vorherrschaft besonders durch die neuheidnischen (und antichristlichen, da antisemitischen, weil sie das Christentum zur „Ausgeburt jüdischen Geistes" erklären) Rassebiologisten angegriffen wird.

Die irakischen Christen aber, so schreiben beide (Antony und Daoudal), seien im Fall eines Sturzes des Baath-Regimes – als Ergebnis des US-Krieges – besonders bedroht, da im Fall einer Einführung der Demokratie die schiitischen Muslime als größte Gruppe automatisch das Land führen würden. Daher sieht die rechtsextreme französische Partei „die Herrschaft der islamischen Revolution und den Genozid der Christen" (sic) bevor stehen, so steht es nachzulesen in ‚National Hebdo' (Ausgabe vom 26. März). Allein die Herrschaft Saddam Husseins sei in der Lage, wird hinzugefügt, das Land zusammenzuhalten. Zu solchen Dingen wie Demokratie erklärt man die Bewohner des Mittleren Ostens für generell unfähig.

Nun ist es zwar richtig, nicht an die Einführung einer Demokratie durch die US-Bomber und die imperialistische Aggression zu glauben – diese wird eher ein anderes autoritäres Regime oder eine Fassadendemokratie errichten, Hauptsache, die Machthaber sind stärker von den USA abhängig als die bisherigen. Aber das ist überhaupt kein Grund, das grundsätzliche Plädoyer der extremen Rechten für die aktuelle Diktatur für etwas anderes als bekämpfenswert zu halten.

Am Rande vermerkt sei noch: Die rechtsextrem-verschwörungstheoretische Sekte „Nouvelle Solidarité" – einer der Ableger der Privatpartei des US-Milliardärs Lyndon LaRouche, deren deutsche Variante zur Zeit „Bürgerbewegung Solidarität" heißt – verteilte mehrfach vor Beginn der Demonstrationen ihre Pamphlete und Flugblätter. Sie tat dies auf dem (kürzesten) Weg zur Place de la Concorde, aber etwas abseits vom Sammlungsort. Hier gilt freilich, dass Spinner vergleichsweise harmlos sind, jedenfalls verglichen mit einer organisierten Partei wie dem FN.

Bernhard Schmid, Paris ■

Und der MNR von Bruno Mégret?

Vom MNR (Mouvement national républicain) unter Bruno Mégret, der sich 1999 vom Front National abspaltete, hört man derzeit in der Öffentlichkeit so gut wie überhaupt nichts. So ist er derzeit auch in den Medien und der öffentlichen Wahrnehmung abgemeldet, was den Krieg im Irak betrifft. Der Einfluss des MNR auf die Kriegsdebatte in der französischen Öffentlichkeit ist gleich Null.

Man muss also schon auf die Homepage des MNR im World Wide Web gehen, um die Positionen Bruno Mégrets zu kennen. Diese lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Der MNR ist gegen den Krieg der US-Amerikaner und Briten, der nicht den französischen und europäischen Interessen entspreche. Zugleich wird die US-Doktrin des Präventivkriegs als bedenklich dargestellt, da sie morgen „wen auch immer zum Angriff auf wen auch immer" ermächtigen könne. Jedoch legt man auch Wert darauf, dass Mégret und der MNR „weder Unterstützung noch Sympathie (für das) diktatorische Regime" unter Saddam Hussein hegen – das unterscheidet ihn faktisch vom FN und Le Pen, der offen die amtierende Diktatur der Baath-Partei unterstützt. Jedoch vermeidet der MNR eine Polemik mit den Positionen der größeren rechtsextremen Partei, die auf der MNR-Homepage keine Erwähnung finden.

Zu den USA heißt es, diese seien „keine Feinde", dennoch seien ihre Hegemonie und ihr „imperiales Projekt" abzulehnen, und Europa sei von ihrer Vormundschaft zu befreien.

Der MNR unterstützt ferner die offizielle Position Frankreichs (vor Kriegsausbruch), „aber ohne Illusionen über die Motive von (Präsident) Chirac". Jacques Chirac sei es vor allem darum gegangen, Zustimmung bei „der Linken und den auf französischem Boden angesiedelten Arabern und Muslimen zu finden" – tatsächlich hat der Staatspräsident es in jüngerer Zeit geschafft, seine politische Legitimität auch in Teilen dieser Gruppen abzusichern. Der MNR hingegen lehne dies explizit ab; „das Beharren auf unserer Unabhängigkeit impliziert selbstverständlich, nicht den Forderungen von ausländischen Bevölkerungsgruppen auf unserem Boden Folge zu leisten". Dennoch, „egal, was die Motive Chiracs, der Linken oder der Muslime sind", sei der aktuelle Irakfeldzug aus höherrangigen Gründen – das bedeutet „die Verteidigung der Interessen Frankreichs und Europas" – abzulehnen.

In einer anderen Stellungnahme verleiht Bruno Mégret seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Irakkrise insofern heilsam wirke, als dass sie „ein neues Europa wachruft". Der Legitimitätsverlust der USA im Zusammenhang mit ihrem Angriff auf den Irak (und die gegenläufigen Positionen der Regierungen Frankreichs / Deutschlands / Russlands sowie „der öffentlichen Meinungen" in Großbritannien und Spanien, gegen die „pro-amerikanische Anpassung ihrer Regierungen") mache die Zeit reif, um „mit dem Atlantismus zu brechen". Bruno Mégret fordert die Auflösung der NATO und, an ihrer Stelle, die Gründung eines europäischen Militärbündnisses. Ein auf den Nationen, statt auf bürokratischen Vereinheitlichungs-Prozeduren, basierendes Europa müsse „sich mit einer militärischen Macht ausstatten, die jener der USA ebenbürtig ist – was absolut realisierbar ist, da die Bevölkerung und das Bruttosozialprodukt Europas mindestens so hoch sind wie jene der USA". Anders ausgedrückt: Einem weltweiten Übel soll ein zweites, mindestens genau so großes hinzugefügt werden.

BhS, Paris ■

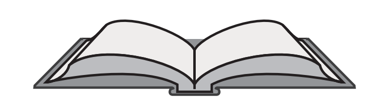


Neonazis mobilisieren gegen Irak-Krieg

Österreich. Mit Beginn des Militärschlages gegen den Irak verstärken deutsche und österreichische Neonazis ihre antiamerikanische und antisemitische Agitation. Im Forum des Wikingerversandes häufen sich die Aufrufe zum „Widerstand". Ein „Erwecker" schrieb am 17. 3.: „Leider helfen diese Demonstrationen direkt nichts, da der schießwütige Jew-Cowboy Bush doch eh macht, was er und seine jüdische Loge will. Trotzdem: Boykottiert die Völkermordzentralen Israel und die Vereinigisten [sic!] Staaten von Amerika." Am 20. März wünscht ein „Rommel", „das [sic!] die Amis dort ihr zweites Vietnam kriegen" und „dem Diktator USA einen Gurillakrieg [sic!] der sich gewaschen hat, 100000 Amis mögen draufgehen für einen Wahnsinnigen im Weisen [sic!] Haus der die Interressen [sic!] eines Machtklans vertritt".

In Österreich mobilisiert neben dem Bund freier Jugend (BfJ) vor allem die neonazistische Kameradschaft Germania (KSG) gegen die USA. Auf ihrer Homepage spricht sich die KSG unter der Parole „AMI GO HOME!!!" „klar gegen das Töten unschuldiger Menschen aus". Obwohl Deutschland und Frankreich „von den USA verspottet und sogar ernsthaft bedroht" werden, würden die Regierenden aus Angst dazu schweigen.

www.doew.at ■



Avantgarden des Faschismus

„Der gestrige Tag“, beschwert sich die Oberhessische Volkszeitung am 16. Januar 1931, sei „der schwärzeste“ in der Geschichte der Gießener Studentenschaft gewesen. Unter offenem Verstoß gegen die Reichsverfassung hatte die Studentenkammer der mittelhessischen Universitätsstadt gefordert, „an sämtlichen Hochschulen die Einführung des Numerus clausus für Studierende der jüdischen Rasse“ einzuführen. „Man will Krach um jeden Preis“, empört sich das sozialdemokratische Blatt über die antisemitische Agitation in der Studentenschaft: „Schon in einer vorhergehenden Sitzung versuchte man zu provozieren, indem man einen jüdischen Studenten für ein studentisches Amt mit der Begründung ablehnte, daß er kein Deutscher sei. (...) Es geht doch mit dem besten Willen nicht an, daß man jüdischen Studenten (...) die Gleichberechtigung absprechen will!“

Unmittelbare Einblicke in die politische Entwicklung der Gießener Studentenschaft ermöglicht der von Bruno Reimann herausgegebene und mit einer Einleitung versehene Dokumentenband „Avantgarden des Faschismus“. Die abgedruckten Quellen geben ein lebendiges Bild davon, welche Stimmung an deutschen Hochschulen in den 1920er und 1930er Jahren herrschte und welche Konflikte innerhalb der Hochschulen ausgetragen wurden. Dabei wird den Gießener Korporationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Zu Recht. Ihre herausragende Rolle bei der Durchsetzung antisemitischer, völkischer und schließlich nationalsozialistischer Politik an der Gießener Universität lässt sich bei der Lektüre des Bandes detailliert und umfassend nachvollziehen. Das Engagement von Korporierten in Freikorps, ihre Versuche, den Kapp- und den Hitler-Putsch zu unterstützen, ihr Engagement für die völkische Ausrichtung der Hochschulpolitik – all dies lässt sich hier an einem lokalen Beispiel konkret nachweisen. Der gegen jüdische Studentinnen und Studenten gerichtete Numerus-clausus-Beschluss aus dem Jahr 1931 etwa wurde von einer Studentenkammer gefällt, in der die Korporiertenliste „Großdeutsche Arbeitsgemeinschaft“ und der 1929 von Burschenschaftern gegründete Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund eine 80-Prozent-Mehrheit hatten.

„Ein Aufatmen geht durch unser ganzes Volk“, kommentierten die „Bundesnachrichten der Gießener Burschenschaft Alemannia“ denn auch die Ernennung des NDSAP-Führers zum Reichskanzler. „Wir Alemannen nehmen, wie alle deutschen Burschenschafter, an diesem Erwachen der Nation lebhaftesten Anteil, und unsere heißesten Wünsche begleiten diesen Aufbruch zu nationaler Einheit und nationalem Freiheitswillen.“

Jörg Kronauer ■

Bruno W. Reimann: Avantgarden des Faschismus. Studentenschaft und schlagende Verbindungen an der Universität Gießen 1918 - 1937. Teil 2: Historische Dokumentation, Cento Verlag, Frankfurt am Main 2002

Geschichtspolitik

Unterschiedliche Entwicklungen in der Geschichtspolitik behandelt der kürzlich unter dem Titel „Erinnern Verdrängen Vergessen“ erschienene erste Band einer vom „Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation“ herausgegebenen Schriftenreihe. Die Autoren befassen sich mit wesentlichen Debatten der vergangenen Jahre und arbeiten zentrale Momente klar heraus. So etwa die Privatisierung von Geschichte: Historische Ereignisse werden aus ihren strukturellen Zusammenhängen gelöst und auf persönliches Erleben reduziert; oder die Entkonkretisierung des Geschehenen: Vergangene Verbrechen werden abstrakt moralisch bewertet, die Erinnerung an ihre konkrete Gestalt aber zugleich verdrängt.

Die Folgen dieser und anderer Entwicklungen weisen die Autoren an verschiedenen Beispielen nach. Anhand der Debatten um die Wehrmachtsausstellung zeigt Michael Klundt, „wie sich die Absage an die Vergangenheit mit einer ‚Heiligsprechung‘ der Gegenwart verbinden lässt“. Gerd Wiegel warnt im Zusammenhang mit der Universalisierung der NS-Erinnerung vor einer „Reduktion der [aktuellen] politischen Konflikte auf ein Spiegelbild der deutschen Vergangenheit“. Marc Schwietring und Samuel Salzborn belegen mit einer Analyse der Auseinandersetzungen um Martin Walser und Jürgen Möllemann ihre Befürchtung, der „mühsam erarbeitete anti-antisemitische Konsens in der Öffentlichkeit“ werde brechen. Beiträge über den Wandel der NS-Gedenkstätten unter dem Druck der sich ausbreitenden Totalitarismustheorie (Marc Schwietring) und über den deutschen Opferkult (Samuel Salzborn) runden den Band ab.

Jörg Kronauer ■

Michael Klundt, Samuel Salzborn, Marc Schwietring, Gerd Wiegel: Erinnern Verdrängen Vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert. Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation Band 1 (www.nbkk.de), Gießen 2003

Fremdsein
und Fremdenfeindlichkeit

Dieses Buch von Sebastian Schröder „bildet einen Beitrag zur Rechtsextremismusdiskussion und findet seinen Ausgang vom Erklärungsproblem der Fremdenfeindlichkeit. Aktueller Auslöser für die Frage nach den Gründen für eine solche Haltung und ihre Darstellung im Alltag ist der Umstand, dass seit einigen Jahren eine wachsende Bereitschaft zu fremdenfeindlichen Handlungen in Deutschland statistisch festgestellt wird und ein Anstieg von Ausschreitungen gegenüber Fremden, auch von solchen mit tödlichen Ausgang. Dabei zeigt sich im Vergleich von Ost- und Westdeutschland auf der Basis amtlicher Statistiken eine größere Häufigkeit fremdenfeindlicher Vorkommnisse für Ostdeutschland. Vor diesem Hintergrund macht es sich der Autor, nachdem er sich im ersten Teil seiner Untersuchung mit Theorien des Fremdseins [Elias/ Scotson (Etablierte und Außenseiter) und Goffman (Stigma)] befasst hat und auf dieser Grundlage ein Erklärungsmodell entwickelt hat, im zweiten Teil seiner Arbeit zur Aufgabe, die Gründe und Entstehungsbedingungen für die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Fremden in Ostdeutschland zu rekonstruieren. Ostdeutschland wird somit zum besonderen Anwendungsfall für das zuvor entwickelte theoretische Modell ...“

HD Dr. habil U. Nagel ■

Sebastian Schröder: Fremdsein und Fremdenfeindlichkeit. ISBN 3-8288-8478-4, 109 Seiten, 25,90 Euro, Tectum Verlag, Marburg

Massenabschiebungen aus Frankreich

PARIS. „Wir reden nicht von den Menschenrechten, wir wenden sie an", erklärte Frankreichs Innenminister Nicolas Sarkozy am Mittwoch (26. März 03), anlässlich der Fragestunde im Parlament. Die Anwendung der Menschenrechte à la Sarkozy, das bedeutet: Bei jeder Kollektivabschiebung per Charterflug sollen künftig Menschenrechtsorganisationen mit an Bord sein, die beobachten, dass alles „in den Regeln" abläuft. Eine konkrete Umsetzung sollte es darstellen, dass am Dienstag (25. März) ein Vertreter des Roten Kreuzes – neben 90 Polizisten der Ausländer- und Grenzpolizei PAF – den Abschiebeflug nach Dakar und Abidjan begleiten durfte. 55 Staatsbürger der Côte d'Ivoire und 10 Senegalesen wurden auf diese Weise, gegen ihren Willen, mit einem Flieger der Gesellschaft Euralair Horizons außer Landes geschafft.

Es handelte sich um den dritten, speziell für Abgeschobene reservierten Charterflug, der im Monat März vom Pariser Flughafen Roissy abhob. Augenzeugen berichteten von Gewalttätigkeiten in der „extraterritorialen Zone" des Flughafens, die durch die Kollektivabschiebung ein Stück weiter geleert wurde: Unwillige Abgeschobene seien geschlagen worden. Zahlreiche Personen seien mit Pflaster auf dem Mund, auf dem Rücken gefesselten Händen zuzüglich Fußfesseln abtransportiert und wie Pakete in bereit stehende Busse geworfen worden. Etiketten mit Nummern auf dem Rücken sowie auf dem Gepäck hätten zur Identifizierung der Personen gedient. Eine Frau, die in der Hektik ihren Umhang verlor, wurde halbnackt abgeschoben. Innenminister Sarkozy suchte die Vorwürfe zu widerlegen, indem er am Donnerstag (27. März) Journalisten in seinem Ministerium den Amateurfilm eines Polizisten präsentierte. Aus der Aufnahme geht aber dennoch hervor, dass viele der Afrikaner sich ihrer Abschiebung mit erheblicher Energie widersetzten. „Man wird uns dort töten, das ist sicher", hört man einen Staatsbürger des Bürgerkriegslands Côte d'Ivoire sagen. In Dakar empfingen Mitglieder der afrikanischen Menschenrechtsorganisation Raddho den Flug; die Vereinigung kündigte an, Klage gegen den französischen Staat zu erheben.

Einen Charterflug pro Woche werde es ab jetzt geben, kündigte Sarkozy am Mittwoch vor dem Parlament an. Der nächste hob bereits zwei Tage nach dem in Richtung Dienstag ab. 70 Roma aus Rumänien wurden am Donnerstagmittag (27. März) in Richtung Bukarest ausgeflogen, den Flug hatten Frankreich und Spanien zusammen angeheuert. Für Anfang April wurde ein gemeinsamer französisch-britischer Abschiebeflug in das, noch immer umkämpfte, Afghanistan angekündigt. *Bernhard Schmid* ■

Abschiebung trotz laufender Petition

MÜNCHEN. Der Bayerische Flüchtlingsrat und die Menschenrechtsgruppe Karawane erheben schwere Vorwürfe gegen das Kreisverwaltungsreferat München und das Bayerische Innenministerium.

Am Samstag, den 15. März in den frühen Morgenstunden wurde nach Auskunft der JVA Stadelheim der togoische Flüchtling Affo Rafiou mit einer Maschine der Air France vom Münchner Flughafen in Richtung Togo abgeschoben. Die Abschiebung kam völlig unerwartet. Sein Anwalt wurde nicht in Kenntnis gesetzt. Zum Zeitpunkt der Abschiebung war eine Petition der Landtagsabgeordneten Elisabeth Köhler (Bündnis 90/DIE GRUNEN) anhängig. Laut Aussage des Büros von Frau Köhler hatte das Bayerische Innenministerium die mündliche Zusage gegeben, bis zum Entscheid über die Petition die Abschiebung auszusetzen.

Aus menschenrechtlicher und sozialer Sicht ist die Abschiebung ein Affront. Herr Affo Rafiou leidet an einer schweren Darmerkrankung. Nach Aussagen seiner Hausärztin befindet er sich in permanenter Gefahr, einen Darmdurchbruch zu erleiden Er braucht Medikamente, die in Togo nicht erhältlich sind. Dennoch haben ihm die Amtsärzte der Justizvollzugsanstalt Transportfähigkeit bescheinigt. Rafiou hatte sehr große Angst davor, nach Togo zurückzukehren.

In Togo herrscht seit angehend 40 Jahren das totalitäre Regime von Diktator Eyadema, des dienstältesten Diktators des afrikanischen Kontinents. Der Verbleib von Affo Rafiou ist völlig unklar. „Wir machen uns große Sorgen um Affo. Ich stehe in ständigem Kontakt zu seinen Freunden und Verwandten in Lomé (Hauptstadt Togos) aber keiner hat etwas von ihm gehört. Wir befürchten, dass er am Flughafen direkt von der Polizei abgeholt worden ist, sagt Akakpo, ein Sprecher der Karawanegruppe München und Freund des Vermissten.

Dass die Abschiebung durchgeführt wurde, bevor im Bayerischen Landtag über die Petition entschieden werden konnte, zeigt die rücksichtslose Praxis der Ausländerbehörden.

PM des Bayerischen Flüchtlingsrat, 19.3.2003 ■

Dreiländer-Wanderausstellung vom 23. Mai bis 14. Juni 2003

„Jeder Mensch hat das Rechte, Rechte zu haben"

Hannah Arendt

FREIBURG. Die Vorbereitungen für die Durchführung einer gemeinsamen Wanderausstellung im Dreieckland laufen mittlerweile auf Hochtouren. Die Wanderausstellung, ein Nachfolgeprojekt der Dreiländerdemonstration, die am 15. Juni 2002 stattfand, soll die Zusammenarbeit der im Dreieckland aktiven antirassistischen Gruppen weiter fördern. Mit der Dreiländer-Wanderausstellung soll in einer schwierigen Zeit versucht werden, Augen zu öffnen um wegzukommen von einer Betrachtung des Menschen (Flüchtling) durch die Brille des Kosten-Nutzen-Prinzips. Wer Menschen auf eine ökonomische Größe reduziert, verliert den Blick für die Menschenrechte. Die Ausstellung wird ein interessanter Versuch, Menschen über Tabus zu informieren, das Thema auf einer diskussionswürdigen Ebene zu problematisieren und dabei die BesucherInnen zu sensibilisieren und ihnen die Situation von Minderheiten näher zu bringen. Die Ausstellung soll auch ein Appell an alle Menschen sein, sich nicht gleichgültig zu verhalten, sondern alle Menschen mit gleicher Würde zu respektieren,denn jeder Mensch ist in seiner Existenz einmalig.

Eine Ausstellung bietet den Vorteil, dass sie zeitlich nicht befristet ist und jederzeit ergänzt werden kann. So soll sie auch kein abgeschlossenes Projekt sein, sondern immer wieder so erweitert werden, dass Teile der Ausstellung zu Schwerpunktthemen und damit zu Detail-Ausstellungen zusammengestellt werden können. Die Ausstellung soll Teil der politischen Tagesauseinandersetzung werden. Gruppen und Aktionen haben jederzeit die Möglichkeit Teil der Ausstellung zu werden. So reflektiert die Ausstellung immer auch den aktuellen Stand der Auseinandersetzung. Das geplante EU-Asylrecht wird sicherlich noch breites Thema der antirassistischen Bewegung europaweit werden.

Spannend wird noch die Route der Wanderausstellung, die zum einem durch teilnehmende Gruppen organisiert wird, zum anderen auch verschiedenen Institutionen und Gruppen noch angeboten wird. Wir werden natürlich versuchen, dass die Ausstellung immer unterwegs ist.

Ausstellung – Teilnahme

Nach einem ersten Überblick werden sich 25 Gruppen und Organisationen aus dem Dreiländereck mit voraussichtlich



40 Ausstellungstafeln beteiligen. Themenschwerpunkte werden sein: „Asylrecht“ und Praxis; Bewegungsfreiheit; Medien; Sans-Papiers; Abschiebung und Abschiebehaft; Frauen auf der Flucht; Traumatisierung; Rüstungsexport, Krieg und Flucht; Flüchtlinge und Selbstorganisierung und das kommende EU-Asylrecht. Einige Gruppen haben bereits angekündigt, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt einsteigen möchten, da sie derzeit ihren politischen Schwerpunkt auf die Antikriegsarbeit gelegt haben.

23. Mai – 14. Juni 2003: Filme

In Zusammenarbeit mit der Medienwerkstatt und dem Kommunalen Kino Freiburg werden während den Ausstellungstagen in Freiburg Filme zu unterschiedlichen Themen gezeigt werden. So werden zum Beispiel auch die beiden FilmemacherInnen Samira El-Maawi und Alejandro Miranda bei der Vorführung ihres Filmes „Menschen im Schatten der Gesellschaft“ anwesend sein. Weitere Filmbeiträge wird es voraussichtlich zum Thema Folter und Traumatisierung, zu Grenzen allgemein, den nationalen, den Landkreisgrenzen und zu den Grenzen in den Köpfen, geben.

23. Mai 2003: Vernissage

Die Vernissage, die am Freitag den 23. Mai 2003 in der Freiburger KTS stattfindet, wird von MigrantInnen, Sans-Papiers und Flüchtlingen aus den drei Ländern eröffnet werden. Aus der Schweiz wird Enrique Garcia aus Kolumbien sprechen, der immer wieder durch die Schweizer Ausländergesetzgebung als Papierloser in Basel leben musste. Zuletzt lebte er 11 Jahre als Sans-Papier, als Mensch im Schatten der Schweizer Gesellschaft. Serpil Sahin, aus der Türkei in die Schweiz eingewandert, hat eine andere Geschichte zu berichten. Sie ist die Tochter einer immigrierten türkischen Familie und besitzt mittlerweile die Schweizer Staatsbürgerschaft. Wer aus Südbaden und dem Elsaß sprechen wird, steht noch nicht fest.

24. Mai und 14. Juni: Aktionen

Während den Ausstellungstagen soll auch in der Stadt Freiburg gezeigt werden, dass die Ausstellung „Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben“ präsent ist. So soll ein Tag nach der Ausstellungseröffnung auf dem Rathausplatz eine größere Aktion mit Kundgebung stattfinden. In einem Pavillion, der auf dem Rathausplatz aufgestellt wird, soll ein Teil der Ausstellung gezeigt werden. Außerdem sind alle beteiligten Gruppen dazu eingeladen Informationstische aufzustellen. In einer großen Luftballon-Aktion soll ebenfalls unsere Präsenz gezeigt werden. Die Luftballone werden bedruckt sein mit Losungen wie: „Kein Mensch ist illegal“, „Menschen haben das Recht, Rechte zu haben“, „Rechte statt Schranken“ usw. Sie sollen in der Stadt unter die Leute gebracht werden. Für den 14. Juni 2003 ist auf dem Augustinerplatz ab 10.00 Uhr eine Transparent-Malaktion mit anschließender Demonstration geplant. Auf dem Augustinerplatz soll ein ca. 100 Meter langes Transparent gegen die Rechtlosigkeit bemalt werden. Um 13.00 Uhr soll es dann eine Demonstration zum Gebäude des Regierungspräsidiums Freiburg geben. Dort soll das Transparent angebracht werden.

LOGO-Wettbewerb

Gesucht wird noch immer ein aussagefähiges druckbares LOGO für ein Netzwerk von Menschenrechts-, Flüchtlings- und Exilorganisationen im Dreieckland. Es ist geplant, dass bei länderübergreifenden Aktionen das LOGO Verwendung findet. Inhaltlich soll es die grenzenlose Respektierung der Rechte aller Menschen, egal welcher Herkunft oder welchen Status, ausdrücken. Bis zum 30. April 2003 können noch Logo-Vorschläge bei SAGA, Postfach 5328, 79020 Freiburg eingeschickt werden. *was* ■

Fußtritt nach Regimewechsel

HAMBURG. Dass Bundesinnenminister Otto Schily die Innenminister der Länder gebeten hat, einen Abschiebestopp für irakische Flüchtlinge während der Dauer des Krieges zu erlassen, verbessert deren Lage keineswegs. Schließlich existiert de facto schon länger ein Abschiebestopp, da die irakischen Behörden nicht mit den hiesigen zusammenarbeiten und die Türkei sich weigert, als Transitland für abgelehnte Asylsuchende zu fungieren. Die Anweisung von Schily an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFL) inNürnberg, die Entscheidungen über Asylanträge irakischer Flüchtlinge bis zum Ende des Krieges auszusetzen, trägt sogar dazu bei, deren Situation drastisch zu verschärfen, da die Betroffenen über einen längeren Zeitraum über keinerlei gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen.

Seit dem Jahr 2000 bilden Iraker die größte Gruppe der Asylsuchenden in der BRD. Derzeit leben etwa 75000 von ihnen in diesem Land. Infolge der Kriegsvorbereitungen beantragten allein im Januar und Februar 1500 Menschen aus dem Irak Asyl. Doch trotz der sich zuspitzenden Situation in dem Golfstaat nimmt die Anerkennungsquote ab: Wurden 2001 noch mehr als zwei Drittel der Antraege von Irakern positiv entschieden, waren es im Dezember 2002 nur noch knapp 14 Prozent. Nach Meinung des Amtes ist unter anderem der von kurdischen Organisationen kontrollierte Nordirak eine sichere Alternative. Die abgelehnten Asylsuchenden leben als geduldete Flüchtlinge in der BRD und müssen mit Ausweisung rechnen, sobald dies praktisch möglich ist.

Schilys Anweisung an das BAFL basiert auf der Hoffnung, dass mit dem Krieg ein grundlegender politischer Wandel in dem Golfstaat verbunden sein wird. In dem Fall könnten die Menschen umgehend in den Irak zurückgeschickt werden, sobald die Kräfte, die dann dort das Sagen haben, dem zustimmen.

Darüber hinaus strebt das BAFL nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl für den Fall, dass mit dem Krieg ein Regimewechsel in Bagdad verbunden sein sollte, zahlreiche Widerrufsverfahren gegen bereits anerkannte irakische Asylsuchende an. Die Betroffenen werden durch den Entscheidungsstopp und die drohende Aberkennung ihres Asylstatus in einen Zustand absoluter Hoffnungslosigkeit versetzt. Der Irak wird nach dem Krieg der USA und ihrer Verbündeten weitgehend zerstört sein. Eine ausreichende medizinische Versorgung und ein funktionierendes Bildungssystem gibt es bereits seit dem letzten Golfkrieg, also seit zwölf Jahren, nicht mehr.

In der BRD können sich die Flüchtlinge auch keine Zukunft aufbauen. Sie werden vielleicht einige Jahre hier leben – in ständiger Angst vor der Ausweisung, wie die Erfahrungen Tausender Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien zeigen. Kinder, die sie in dieser Zeit hier bekommen werden, werden Kindergarten und Schule besuchen, um dann in ein ihnen fremdes Land abgeschoben zu werden.

Der Flüchtlingsrat Hamburg hat gegen die „menschenverachtende Asylpraxis der Bundesregierung“ protestiert und ein dauerhaftes Bleiberecht für alle irakischen Flüchtlinge sowie die unverzügliche Aufnahme von Kriegsflüchtlingen in der BRD gefordert.

Birgit Gärtner ■

Tony Blairs Anschlag auf den Internationalen Flüchtlingsschutz

Der britische Premier Tony Blair gehört zu den eifrigsten Befürwortern eines Angriffskrieges gegen den Irak. Er hat den Bruch des Völkerrechts offensiv vertreten und öffnet damit Tür und Tor für die Zerstörung des UN-Sicherheitssystems. Eine Ära der als Präventivkrieg dargestellten Interessendurchsetzung militärisch starker Staaten droht anzubrechen. Eine solche Politik schafft neue Flüchtlinge. Aber gerade die wollen Tony Blair und seine Regierung künftig effektiver bekämpfen. Ihr Plan: die Demontage des Flüchtlingsschutzes in Europa und das Unterlaufen der Genfer Flüchtlingskonvention.

Das Konzept: Flüchtlinge in heimatnahe Lager zurückschaffen

Unter der zynischen Überschrift „Eine neue Vision für Flüchtlinge" haben Blair, sein Außenminister Straw und Innenminister Blunkett eine Konzeption entwickelt, die das Asylrecht in Europa in seiner Substanz angreift. Die Idee: Flüchtlinge, denen es gelingt, europäischen Boden zu erreichen, sollen hier kurzfristig interniert und so schnell wie möglich in heimatnahe Schutzzonen zurückgeschafft werden, die nichts anderes sind als große Flüchtlingslager. Bestandteil der Vision: Gemeinsam mit anderen EU-Staaten will Großbritannien ein weltweites Netz solcher Flüchtlingsreservate schaffen. In allen Hauptherkunftsregionen von Schutzsuchenden soll es solche „regionalen Schutzzonen" geben. Sie sollen unter der Obhut des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) stehen und von den reichen Ländern finanziert werden.

Das britische Konzept sieht vor, dass spontan an den Grenzen ankommende Flüchtlinge aus Großbritannien und anderen EU-Staaten so schnell wie möglich in die aufzubauenden Schutzzonen zurückgewiesen oder abgeschoben werden. In den geplanten Flüchtlingsreservaten sollen sie zunächst festgehalten werden. Sollte sich während dieser Zeit die Lage in ihren Herkunftsländern nicht stabilisieren, würde in diesen Lagern über ihren Asylantrag entschieden. Sollten Flüchtlinge anerkannt werden, würden sie in begrenzter Zahl nach einem festzulegenden Quotenschlüssel von den EU-Staaten aufgenommen werden. Den Abgelehnten droht die Abschiebung in ihr Herkunftsland.

Die so geschaffenen und ausgestalteten „heimatnahen" Reservate sollen über kurz oder lang als sichere Drittstaaten qualifiziert werden, in die ohne jede Einzelfallprüfung abgeschoben werden kann.

Abschiebung, Fluchtverhinderung, Notversorgung, Rechtlosigkeit

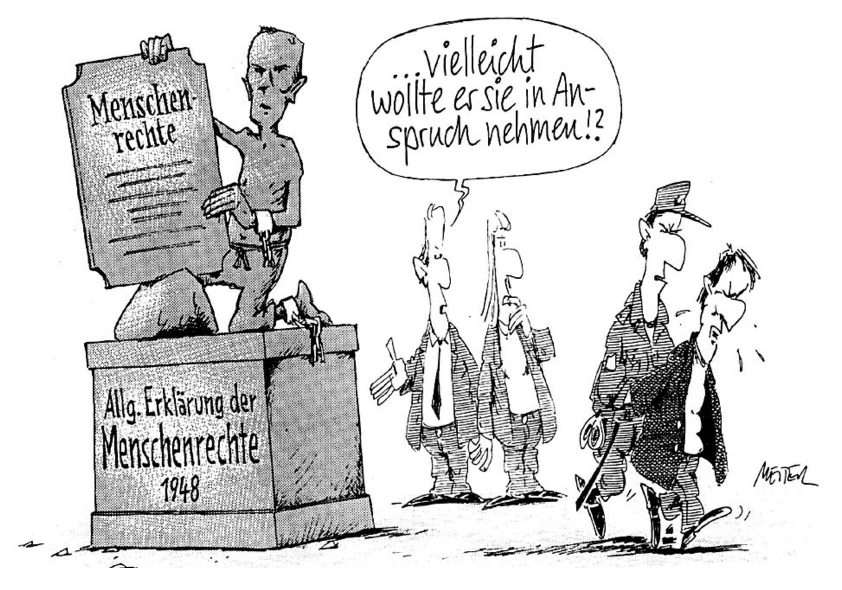
Der britische Plan deckt alle wesentlichen Regionen ab, aus denen heute Menschen nach Europa fliehen. So sollen die geplanten Flüchtlingsreservate etwa in der Türkei, dem Iran, in Nordsomalia, Marokko, Rumänien, Kroatien und der Ukraine entstehen. Ein britisches Pilotprojekt läuft bereits in Albanien an.

Die sozialen Standards in den jeweiligen „Schutzzonen" sollen nach den britischen Vorstellungen in keiner Weise denen entsprechen, die in Industriestaaten gelten. Es geht um eine billige Notversorgung. Daraus macht das Blair-Konzept auch gar keinen Hehl. Schon zu Beginn einer Problemanalyse über das angebliche Scheitern des bisherigen Asylsystems in der Welt steht ein Kostenargument: Ein Asylbewerber in Großbritannien koste den Staat bis zu 10.000 US-Dollar im Jahr, während UNHCR bei der Unterstützung von Flüchtlingen in der Herkunftsregion mit durchschnittlich 50 Dollar im Jahr auskomme.

Die britische „Vision für Flüchtlinge" besteht darin, die EU weitgehend flüchtlingsfrei zu machen. Die Verantwortung für Flüchtlinge soll ausgelagert werden, das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen vom Garanten des Flüchtlingsschutzes in allen Unterzeichner-Staaten der GFK zum Lageraufseher in den Reservaten degradiert werden.

Der Ausstieg aus den völkerrechtlichen Verpflichtungen: Eine politische Inszenierung

In einer ersten Pilotphase fühlt man sich offenbar noch an die Maßstäbe der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention gebunden. Mittelfristig aber soll über eine Veränderung der Genfer Flüchtlingskonvention und eine Revision des Artikels 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nachgedacht werden. Geplant ist eine regelrechte politische Inszenierung. Ihr Ziel ist insbesondere, sich vom absoluten Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung des Artikel 3 EMRK zu lösen. Schützen will man nicht länger diejenigen, die vor Folter fliehen. Artikel 3 soll nur noch vor Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung in Großbritannien selbst schützen. Dann könnte man alle anderen Folteropfer oder von Folter Bedrohten ohne weitere Verpflichtung abschieben.



Fluchtursachenbekämpfung durch militärische Intervention

Die Auslagerung der Verantwortung für Flüchtlinge in die Herkunftsregion soll nach den britischen Vorstellungen ergänzt werden durch die Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort: in den Staaten, die Flüchtlinge produzieren. Nach einigen schönen Programmsätzen, dass man selbstverständlich für die Verbesserung der Menschenrechtslage und der Lebensumstände in diesen Staaten einzutreten habe, kommen die Autoren des Papiers zur Sache. Seit dem Ende des Kalten Krieges habe die Nato ihre Rolle neu definiert und friedenserhaltende Maßnahmen in die Strategie mit einbezogen. Dies könne auch der Ausgangspunkt dafür sein, potentielle Flüchtlinge zum Bleiben oder zur Rückkehr in die Region zu veranlassen. Die humanitäre Intervention wird als weitgehendste Form der Prävention dargestellt. Den Modellfall hat die Nato, so wäre zu ergänzen, bereits geliefert: im Kosovo. Auch dort hat man die Mehrzahl der Flüchtlinge wäh-

rend des Krieges überwiegend in heimatnahen Lagern untergebracht. Auch die jetzt als Rezept propagierte Idee, die Erstaufnahmestaaten durch die Abnahme einer gewissen Zahl von Flüchtlingen zu entlasten, wurde dort erprobt.

Blairs Konzept gibt sich mit dem Hinweis auf die Nato-Praxis allein nicht zufrieden. Weitere Argumente für die Idee, militärische Interventionen als Mittel des Menschenrechtsschutzes darzustellen, bezieht man aus der selektiven Interpretation der Arbeit der International Commission on Intervention and State's Sovereignity (ICISS). Sie enthält folgende Gedankenkette: Staatliche Souveränität schließt die Verantwortlichkeit jedes Staates für den Schutz seiner Staatsangehörigen ein. Wo immer ein Staat seinen Verpflichtungen aufgrund von Kriegen, Repression oder Zerfall nicht nachkommt, hat die internationale Gemeinschaft die Verpflichtung zu intervenieren. Es gibt eine „Verantwortlichkeit zu schützen". Interventionen dieses Typs sollen möglichst präventiv erfolgen und die Verantwortlichkeit zum Wiederaufbau schon mit umfassen. Ganz in diesem Sinne wurden ja bereits Ausschreibungsunterlagen für den Wiederaufbau des Iraks nach dem angeblichen Präventivkrieg an amerikanische Firmen verschickt.

Flüchtlingsschutz reduziert sich nach diesen Vorstellungen auf die Pflicht, Flüchtlinge möglichst im Herkunftsland „zu schützen". Krieg soll hierfür ein taugliches Mittel sein. Diese Vision, so das britische Papier selbstbewusst, sollte Teil eines neuen globalen Asylsystems werden. Leider, so die Autoren bedauernd, seien manche Nationen interventionistischen Ideen gegenüber wesentlich zurückhaltender als Großbritannien. Noch sei es nicht abzusehen, ob die Vereinten Nationen die Vorschläge der Kommission übernehmen würden. Dass sich Blair dafür engagiert, den Regeln der Vereinten Nationen zu entkommen, hat er bei der Vorbereitung des Irakkrieges zur Genüge bewiesen.

Allianz gegen den Flüchtlingsschutz

Der britische Premier unternimmt zur Zeit Anstrengungen, die britische Idee auf EU-Ebene und darüber hinaus in anderen Industriestaaten voranzutreiben. Er will eine Allianz für die Demontage des Flüchtlingsschutzes formieren. Dagegen gilt es einzutreten. Denn die Errungenschaft der Menschenrechtsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, die zivilisatorischen Antworten auf die Barbarei, werden mit dem britischen Ansatz zur Disposition gestellt. Die Genfer Flüchtlingskonvention war und ist auch eine Antwort auf die gescheiterte Flüchtlingskonferenz von Evian im Jahre 1938. Die Unwilligkeit der beteiligten Staaten, Verfolgten des Naziregimes Schutz zu gewähren, besiegelte das Schicksal vieler Menschen. Mit der Genfer Flüchtlingskonvention vollzog sich der Übergang von der Flüchtlingsaufnahme als einem Akt staatlicher Gnade zu einem individuellen Schutzanspruch für Flüchtlinge. Asyl bedeutet im Kern, den Schutz von Flüchtlingen vor Zurückweisung und Abschiebung in den Verfolgerstaat, die Gewährleistung des hierfür notwendigen Prüfungsverfahrens und eines menschenwürdigen Daseins.

Der Vorstoß der Blair-Regierung bedeutet den Versuch, jedweden Rechtsschutz für Asylsuchende in Europa abzubauen und selbst Asylberechtigte nur noch nach dem Maßstab politischer Opportunität in geringen Zahlen aufzunehmen. Schon jetzt bleibt die große Mehrheit der Flüchtlinge in der Welt in ihrer Herkunftsregion. Etwa dreiviertel aller Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern. Diese sollen nun auch Flüchtlinge aufnehmen, denen die Flucht in die EU gelungen ist.

Dahinvegetieren als Standardprogramm des Flüchtlingsschutzes

Das britische Konzept ist der bisher weitgehendste Vorstoß, dem Flüchtlingsschutz innerhalb der EU und in Kooperation mit anderen Industriestaaten den Garaus zu machen. Die Idee des Flüchtlingsschutzes war einmal, dass man Flüchtlinge in einem Staat aufnimmt, wo sie außer Schutz auch Rechte erhalten. Jetzt geht es nur noch darum, Flüchtlinge heimatnah unterzubringen, am besten gleich dort, wo sie herkommen. Schutzzonen werden als große Flüchtlingslager ausgestaltet. Flüchtlingsschutz reduziert sich dort auf die militärische Garantie des Provisoriums. In der Praxis ist dort niemand in der Lage und willens, über bloße Mangelversorgung hinaus Rechte zu garantieren. Das Dahinvegetieren wird zum Standardprogramm des Flüchtlingsschutzes.

Förderverein PRO ASYL e.V., März 2003 ■

Kontakt: Pro Asyl, Postfach 160624. 60069 Frankfurt/M., Tel.: 069/230688 . Fax: 069/230650, Internet: www.proasyl.de, E-Mail: proasyl@proasyl.de

Kein Essen, keine Wohnung

NORWEGEN. Nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 4. April plant auch Norwegen, seine Asylbewerberzahlen drastisch einzuschränken. Seit Dänemark die Bestimmungen verschärfte, suchen verstärkt Flüchtlinge in Norwegen Zuflucht. 2002 kamen 17840 Asylbewerber, mehr als während des Bosnien-Krieges und 18 % mehr als 2001. Viele leben inzwischen illegal im Land, denn Flüchtlinge aus Jugoslawien z.B. werden inzwischen fast generell abgelehnt. Um diese Entwicklung zu stoppen, will die Ausländerbehörde Norwegens UDI jetzt zu drastischen Maßnahmen greifen.

„Viele spekulieren damit, dass die Polizei sie nicht holen kommt und dass sie hier gratis Kost und Logis erhalten", erklärte der Leiter der Ausländerbehörde Nordby der FR. Und schlägt daher vor, den Betroffenen Unterkunft und Verpflegung zu streichen, dann würden „mehr von ihnen von selbst abreisen". Flüchtlingsorganisationen warnen vor solchen Maßnahmen, man könne niemandem, vor allem auch Kindern nicht, die Nahrung verweigern. Auch der Vorschlag, die Familienzusammenführung von Flüchtlingen von deren Selbstversorgung abhängig zu machen, stößt auf Kritik. Die Regierung behauptet, der Vorschlag fördere die Integration, da er die Flüchtlinge zwinge, sich eine Arbeit zu suchen. Dem widerspricht die Flüchtlingsorganisation Noas: Alle Erfahrungen zeigten, dass Ausländer sich leichter integrierten, wenn sie ihre Familien bei sich haben. Flüchtlinge gemäß der UN-Flüchtlingskonvention haben sogar ein verbrieftes Recht dazu, ihre Familien nachzuholen.

Im Vorjahr aber erkannte Norwegen nur 332 Konventionsflüchtlinge an, 2958 erhielten aus anderen Gründen Asyl.

Quelle: FR 4.4.2003 – u.b. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Europäische Streitmacht als Gegenmacht?

Junge Freiheit Nr. 14/03 vom 28. März 2003

In Folge des Irak-Kriegs debattiert das Blatt Möglichkeiten, eine Gegenmacht zu den USA aufzubauen. *Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler* kommentiert: „Der Aufbau einer nennenswerten integrierten Europa-Truppe wäre also möglich. Aber er wird viel Zeit, guten Willen und Geld kosten – das derzeit niemand in der EU hat. Die Gefahr, dass wir mit einem Windei verführt werden, ist groß. Optimisten und Vorwitzige seien gewarnt. Dennoch: Es wäre schlimm, wenn auch die gegenwärtige Initiative von Kanzler Schröder und Präsident Chirac scheiterte. Eine Freihandelszone wird niemals den politischen Anmaßungen und Zumutungen von Groß- und Supermächten widerstehen können. Für die Zukunft unserer Völker ist die einheitliche Politik wenigstens eines Kerneuropas – auch unter bedeutsamen Souveränitätsverzichten der Einzelstaaten – unverzichtbar.“ *uld* ■

Geburtenprämie für deutsche Christen

Junge Freiheit Nr. 15/03 vom 3. April 2003

Ein ganzseitiges Interview führt das Blatt mit dem Unternehmer *Peter Fendt* aus Marktoberdorf im Allgäu. Fendt hat in seinem Ort eine Geburtenprämie von 1000,- Euro ausgesetzt: „Ersten muss es das dritte, vierte oder fünfte Kind einer Familie sein. Zweitens sollte dieses Kind katholisch oder evangelisch getauft werden, und drittens sollte zumindest ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Viertens müssen die Leute ab dem Tag der Bürgerversammlung vom letzten Jahr auch bereits schon in Marktoberdorf mit erstem Wohnsitz gemeldet gewesen sein.“ Fendt gehört zu den Resten der Bayernpartei, die sich nicht der CSU angeschlossen haben. Wie jemand von dem Betrag mehrere Kinder großziehen kann, rechnet weder das Blatt noch Fendt vor. *uld* ■

„Brillanter Kopf…“

Nationalzeitung 14/28.3.2003

Verantwortlich für das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens ist nach Ansicht des Blattes hauptsächlich der bayerische Innenminister Beckstein. Er habe von Anfang an Druck gemacht, während Schily eher skeptisch gewesen sei. Auch Kommentator *Franz Schönhuber* sieht das so und bezeichnet Beckstein als „Einpeitscher“ in Sachen Verbotsantrag. Und beschämend seien auch die Schuldzuweisungen, die jetzt von Seiten der CSU/CDU gegenüber der Regierung erhoben würden. Natürlich sei Schily mitschuldig, aber vor allem deshalb, „weil er ... seine berechtigten Zweifel zurückgestellt“ hat. Beckstein dagegen sei von den Richtern ausdrücklich gerügt worden, weil er „noch während der Rechtshängigkeit beim Verfassungsgericht einen Funktionär aus der Parteispitze anzuwerben“ versucht hat. Ansonsten begrüßt Schönhuber das Scheitern: „Einen guten Frontbericht gibt es doch zu vermelden: Den Sieg des Rechtes in der NPD-Parteiverbotsaffäre.“

Zum Austritt Mahlers aus der NPD kommentiert er: „Für mich nicht überraschend... Noch am Vortag hatte ich ihm in einem Gespräch gesagt, es wäre für beide Seiten besser, wenn er die Partei verließe... Mir war längst klar geworden, dass Mahler in eine Partei nicht integrierbar ist .... Mahler stieß sich am kleinbürgerlich-spießigen Gehabe mancher Parteioberen und an einem nicht korrigierbaren ‚Mangel‘ an revolutionärem Elan in der ganzen Partei. ... die NPD verliert einen brillanten Kopf ... Bleibt zu hoffen, dass sich Mahler nicht so weit verrennt, dass er in einer Gefängniszelle wieder Muße findet, sich weiter mit Hegel zu beschäftigen. ... Eine wirklich ‚wehrhafte Demokratie‘ sollte einen Mahler ertragen können.“ Tatsächlich sind die antisemitischen Ausfälle eines Horst Mahler und die beschönigenden Kommentare Schönhubers, der diese auch noch „brillant“ findet, ziemlich unerträglich. *u.b.* ■

Mahlers „persönliche Erklärung“

Horst Mahler hat nach dem Scheitern des Antrages noch im Bundesverfassungsgericht eine *„Persönliche Erklärung“* abgegeben, in der er seinen Austritt aus der NPD verkündet. Die NPD ist nach Mahlers Auffassung *„unzeitgemäß“*, da sie am Parlamentarismus ausgerichtet sei, der „zum Untergang verurteilt“ ist. Stattdessen müsse nun eine „Neue Weltordnung“ errichtet werden, *„in deren Mittelpunkt die Lebensgemeinschaft des Deutschen Reiches mit Russland steht.“* Um diese zu errichten, müsse sich das *„Volk der Deutschen“* erheben. Ein *„erster Schritt in den Aufstand“* sei das *„Verdener Manifest von Bürgern des Deutschen Reiches“ („Es ist eine Sache der Ehre! Es geht um die Wahrheit und um die Würde des Deutschen Volkes!“)*, das am 5. Februar in Verden an der Aller verabschiedet wurde. In dem extrem antisemitischen Pamphlet, das Mahler ebenfalls im Bundesverfassungsgericht an die Medienvertreter verteilte, heißt es:

„Die Völker leiden unter der Meinungsdiktatur Israels und seiner Hilfstruppen - am schlimmsten ergeht es dabei dem Palästinensischen und dem Deutschen Volk. Während das Palästinensische Volk den Tod durch israelische Panzer und israelische Mörderbanden erleidet, wird das Deutsche Volk Opfer eines von Jüdischen Institutionen organisierten Seelenmordes, wie es ihn in der Geschichte noch nie gegeben hat.“

Erklärt wird in dem Pamphlet: *„Der Aufstand gegen die Jüdische Weltherrschaft hat in Palästina mit der 2. Intifada begonnen. Der Befreiungskrieg setzt sich jetzt fort in Deutschland mit dem Angriff auf das Dogma von den 6 Millionen im Gas umgekommenen Juden.“*

Die Bundesrepublik wird in dem „Manifest“ als *„Reichsvernichtungsregime“* diffamiert. Das Pamphlet schließt mit der Drohung: *„Das Heilige Deutsche Reich lebt, um die Judenheit vor das Weltgericht zu fordern!“* Mit dem „Manifest“ wird, so Mahler, mit dem *„Geiste Mahatma Ghandis der Kampf gegen das den Deutschen von den Siegern und ihren Kollaborateuren aufgezwungene Geschichtsbild und damit gegen den am deutschen Volk verübten Seelenmord aufgenommen.“* *am, Archiv-Notizen, März 2003, DISS Duisburg* ■